

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Poganietz, Witold-Roger; Glauch, Lydia

Working Paper

Migration durch EU-Integration? Folgen für den ländlichen Raum

Discussion paper // Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe, No. 3

Provided in cooperation with:

Leibniz Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe (IAMO)

Suggested citation: Poganietz, Witold-Roger; Glauch, Lydia (1997) : Migration durch EU-Integration? Folgen für den ländlichen Raum, Discussion paper // Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe, No. 3, <http://hdl.handle.net/10419/28583>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

**MIGRATION DURCH EU-INTEGRATION?
FOLGEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM**

**WITOLD-ROGER POGANIETZ
LYDIA GLAUCH**

**Discussion Paper No. 3
1997**

Dr. Witold-Roger Poganietz und *Dipl.-Volksw. sozw. R. Lydia Glauch* sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) in der Abteilung Rahmenbedingungen des Agrarsektors und Politikanalyse, in Halle (Saale), Deutschland.

Adresse: Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)
Magdeburger Straße 1
D-06112 Halle/Saale
Deutschland

Tel.: +49-345-500 81 12/15
Fax: +49-345-512 65 99
E-mail: poganietz@iamo.uni-halle.de
glauch@iamo.uni-halle.de
Internet: <http://www.landw.uni-halle.de/iamo/iamo.htm>

Die *Discussion Papers* stellen vorläufige, nur eingeschränkt begutachtete Berichte über Arbeiten des Institutes für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) dar. Die in den *Discussion Papers* geäußerten Meinungen spiegeln nicht notwendigerweise die des IAMO wider. Kommentare sind erwünscht und sollten direkt an die Autoren gerichtet werden.

Die Reihe *Discussion Paper* wird herausgegeben von:

Prof. Dr. Klaus Frohberg (IAMO)
Prof. Dr. Monika Hartmann (IAMO)
Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Tillack (IAMO)

ZUSAMMENFASSUNG

Der Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Systems in Mittel- und Osteuropa zu Beginn dieses Jahrzehnts und die Öffnung dieser Volkswirtschaften hat zu einem bedeutenden Migrationsschub nach Westeuropa geführt. Die Darstellung der Entwicklung der bisherigen Migrationsströme aus Mittel- und Osteuropa und die Bestimmungsgründe der Migration bilden den Ausgangspunkt für eine Schätzung des zukünftig zu erwartenden Migrationsniveaus im Falle eines EU-Beitritts einzelner mittel- und osteuropäischer Staaten. Ausgehend von der Dominanz ökonomischer Motive bildet die unterschiedliche Einkommensentwicklung zwischen West- und Osteuropa das zentrale Element der Prognose. Hinsichtlich der ökonomischen Auswirkungen der Migration steht nicht die Zielregion, sondern die Abwanderungsregion, insbesondere der ländliche Raum, im Vordergrund. Länderschwerpunkte der Analyse stellen Polen, Ungarn und die Tschechische Republik dar.

SUMMARY

The collapse of the planned economies in Central and Eastern Europe at the beginning of this decade and the opening up of the national economies led to considerable migration flows into Western Europe. The description of earlier migration flows from Central and Eastern Europe and reasons of migration provide the basis for assessing the extent of migration to be expected after an EU-accession of individual Central and Eastern European countries. Since economic motives can be assumed to be dominant, the income development differing between Western and Eastern Europe is central to this prognosis. Rather than the destination region, the region of origin, in particular rural areas, are focused on with respect to the economic effects of migration. The developments are illustrated with the example of Poland, Hungary and the Czech Republic.

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	3
Summary	3
Tabellenverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	5
1 Einleitung	6
2 Die Entwicklung der Emigration aus Mittel- und Osteuropa	7
3 Determinanten der Migration	9
3.1 Determinanten des Nutzens	9
3.2 Determinanten der Kosten	10
3.3 Die Rolle von Erwartungen	11
3.4 Sozio-ökonomische Variablen.....	12
3.5 Migration aus dem ländlichen Raum.....	14
4 Folgen eines Beitritts zur Europäischen Union auf die Entwicklung der Migrationsströme	15
4.1 Einfluss der Freizügigkeit auf die Migrationsentscheidung.....	15
4.1.1 Migrationspolitik	16
4.1.2 Konvergenz der Einkommen	17
4.1.2.1 Konvergenz der Einkommen innerhalb der Europäischen Union.....	17
4.1.2.2 Projektion über die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen in Ostmittel-europa	18
4.1.3 Erfahrungen mit der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union	21
4.2 Projektion über die zukünftig zu erwartenden Emigrationsströme	23
4.2.1 Darstellung der Projektion.....	23
4.2.2 Anmerkungen zur Projektion.....	24
4.2.2.1 Die EU-Regionalpolitik.....	24
4.2.2.2 Die EU-Agrarpolitik.....	24
4.2.2.3 Die ökonomischen Bedingungen im Zielland	25
5 Konsequenzen für die Entwicklung des ländlichen Raumes	26
5.1 Soziale und politische Konsequenzen	26
5.2 Ökonomische Konsequenzen.....	27
6 Abschließende Bemerkungen	29
Literaturverzeichnis	31

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Wanderungssaldo zwischen Deutschland und Osteuropa	8
Tabelle 2: Annahmen über die Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen.....	19
Tabelle 3: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens.....	19
Tabelle 4: Entwicklung der absoluten Einkommensdifferenz von 1994 bis 2010.....	20
Tabelle 5: Durchschnittliche monatliche Bruttolöhne in Ostmitteleuropa, 1994.....	20

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Anteil der nach Deutschland Emigrierten an der Bevölkerung des Abwanderungslandes je 1.000 Einwohner	8
Abbildung 2: Einkommenskonvergenz innerhalb der Europäischen Union.....	18
Abbildung 3: Durchschnittliche jährliche Abwanderung aus Italien nach Deutschland (netto), 1960-1995	22
Abbildung 4: Durchschnittliche jährliche Abwanderung aus Griechenland nach Deutschland (netto), 1970-1995	22
Abbildung 5: Durchschnittliche jährliche Abwanderung aus Portugal nach Deutschland (netto), 1970-1995	23

1 EINLEITUNG¹

Der Zusammenbruch der Planwirtschaft in Mittel- und Osteuropa zu Beginn dieses Jahrzehnts hat weitreichende politische, gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen in diesen Ländern initiiert. Von diesen sind - bedingt durch die außenwirtschaftliche Öffnung und wachsende internationale ökonomische Verflechtung - auch die westlichen Volkswirtschaften betroffen; insbesondere gilt dies für Nachbarstaaten, welche gewöhnlich stärker politisch und ökonomisch verbunden sind. Eine Veränderung der internationalen wirtschaftlichen Bedingungen wirkt sich auch auf die Standortverteilung von Produktion und Beschäftigung und damit auch auf die Allokation der Produktionsfaktoren aus. Im folgenden werden wir einem Teilaspekt dieser sich verändernden Beziehungen nachgehen, und zwar der Frage, inwieweit sich ein Beitritt zur Europäischen Union (EU)² auf das Migrationsverhalten der Mittel- und Osteuropäer in die EU auswirken könnte.

Migration von Ost- nach Westeuropa ist nach Jahrzehnten der politischen Abschottung erst wieder mit der demokratischen Neuausrichtung der mittel- und osteuropäischen Länder im Zuge der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Transformation zu einem relevanten Thema geworden. So sind zu Beginn der 90er Jahre netto 2,5 Mio. Menschen aus Mittel- und Osteuropa nach Westeuropa emigriert (UN/ECE 1995, S. 233), ein Großteil derer in die Bundesrepublik Deutschland. Bislang hat sich die Migrationsforschung in der Analyse von Migrationseffekten primär auf die Empfängerländer konzentriert und weniger auf die mit einer Migration verbundenen Auswirkungen auf das Land, welches einen Humankapitalabfluß erleidet. Dieser Beitrag beschäftigt sich deshalb mit den grundlegenden Ursachen von Migration und legt den Fokus bei den Auswirkungen der Migration auf die Abwanderungsregion. Migrationsfolgen aus der Sicht des Emigrationslandes zu betrachten ist gerade in den Transformationsländern von Bedeutung, da vor allem junge und gut qualifizierte Bevölkerungsgruppen abwandern, welches Auswirkungen auf das Entwicklungspotential eines Landes bzw. einer Region hat.

Zwar hat das Thema aus quantitativer Sicht an Bedeutung verloren - nach einem anfänglich sehr starken Migrationsschub ist die Emigration aus Mittel- und Osteuropa inzwischen auf ein wesentlich niedrigeres Niveau gesunken, jedoch sprechen die qualitativen Merkmale der Migranten - jung und gut gebildet - für keine abnehmende Relevanz des Themas. Zudem kann die quantitative Dimension zukünftig an Bedeutung gewinnen, wenn mit einem EU-Beitritt bisherige institutionelle Wanderungshindernisse verringert werden. Mit der Einführung des EU-Binnenmarktes im Jahr 1993 ist als eine der vier Binnenmarktfreiheiten - neben der Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen und Kapital - auch die Freizügigkeit für Personen eingeführt worden. Diese gewährt jedem EU-Bürger das Recht, sich in einem anderen EU-Mitgliedsstaat niederzulassen und dort zu arbeiten. Eine Osterweiterung der Europäischen Union wird die Binnenmarktfreiheiten auf die neuen Mitgliedsstaaten erweitern müssen, so daß bisherige für osteuropäische Bürger bestehende institutionelle Hemmnisse in Zusammenhang mit einer Arbeitsaufnahme in der Gemeinschaft beseitigt bzw. vermindert werden.

¹ Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Halle (Saale). Die Autoren danken für kritischen Anmerkungen von HELGA BIESOLD, JÖRG POHLAN und PETER WEINGARTEN sowie den Teilnehmern der vom Herder-Institut veranstalteten Tagung „Agrarwirtschaft und ländlicher Raum Ostmitteleuropas in der Transformation“ im Dezember 1996 in Eschwege. Für die verbliebenen Unklarheiten sind allein die Autoren verantwortlich.

² In den folgenden Ausführungen wird generell von der Europäischen Union gesprochen, auch dann, wenn die Vorgängerorganisationen Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Gemeinschaften (EG) gemeint sind.

Der Aufbau der Arbeit gliedert sich nachfolgend in eine Darstellung der bisherigen Migrationsströme aus Mittel- und Osteuropa (Kapitel 2), eine Analyse der Determinanten der Migration (Kapitel 3), eine Diskussion, ob eine Abwanderung im Falle eines Beitritts zu erwarten ist (Kapitel 4) und eine Untersuchung der Auswirkungen von Emigration auf den ländlichen Raum (Kapitel 5). Die wesentlichen Ergebnisse der einzelnen Kapitel werden abschließend in Kapitel 6 zusammengefaßt. Die Analyse konzentriert sich schwerpunktmäßig auf Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Diesen drei Ländern werden neben Slowenien und der Slowakischen Republik die größten Chancen beigemessen, als erste der mittel- und osteuropäischen Staaten der Europäischen Union beitreten zu können (N.N. 1997a, S. 4).

2 DIE ENTWICKLUNG DER EMIGRATION AUS MITTEL- UND OSTEUROPA

Migration ist ein permanenter gesellschaftlicher Prozeß, der im Zeitablauf häufig Schwankungen unterliegt. Diese Schwankungen beruhen vor allem auf Veränderungen der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Abwanderungs- und Zielländern. Dies bestätigt sich bei einer Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der Emigrationsströme aus den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern. Zu sozialistischen Zeiten aufgestautes Migrationspotential hat im Zuge der politischen Öffnung in den ersten Jahren der politischen Liberalisierung einen immensen Migrationsschub in das westliche Ausland bewirkt (GRECIC 1993, S. 139).

Neben einer räumlichen (Binnenmigration vs. internationale Migration) hat Migration auch eine zeitliche Dimension (permanente vs. temporäre Migration), wobei hinsichtlich der zeitlichen Dimension häufig Abgrenzungsprobleme bestehen. Migration wird als aperiodische Form der Mobilität betrachtet, wohingegen Pendeln eine periodische Form der Mobilität darstellt. Insbesondere in direkt aneinandergrenzenden Regionen besteht häufig eine enge substitutive Beziehung zwischen beiden Arten der Mobilität. Neben Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen temporärer und permanenter Migration steht man in der Migrationsforschung zudem vielfach dem Problem gegenüber, daß es an verlässlichen regionalen Zu- und Abwanderungsdaten mangelt, so auch in Mittel- und Osteuropa. Aufgrund fehlender oder nicht verlässlich erscheinender Daten einzelner osteuropäischer Länder ist es daher notwendig, sich auf Immigrationsangaben westeuropäischer Zielländer zu stützen. Nachfolgend wurden die deutschen Daten über Zuwanderungen verwendet, da die Bundesrepublik Deutschland das hauptsächliche Zielland für Migranten aus Osteuropa darstellt. So entschieden sich von 100 in elf EU-Staaten immigrierten Polen 93,4 Personen für Deutschland. Für Rumänen liegt dieser Anteil noch höher: Von 100 in zehn EU-Länder immigrierten Rumänen lebten 1993 96,3 Personen in Deutschland (EUROSTAT 1995, S. 84f.).

Tabelle 1 zeigt, daß die politische Öffnung zu einem beträchtlichen Migrationsschub geführt hat. Im Zeitraum 1989-1995 sind netto ca. 2,4 Mio. Menschen aus Mittel- und Osteuropa alleine nach Deutschland migriert, wobei das Jahr 1990 mit einem Wanderungssaldo von knapp 520.000 Zuwanderungen den Höhepunkt darstellte. Die nationalen Wanderungshöhepunkte liegen zeitlich etwas versetzt. Absolut wanderten netto im Jahr 1989 am meisten Polen nach Deutschland, Rumänien erfuhr seinen höchsten Wanderungsabfluß gegenüber Deutschland ein Jahr später, die ehemalige Sowjetunion 1990/91 und das ehemalige Jugoslawien in der Zeitperiode 1991-1993. Einen Netto-Wanderungszufluß bzw. Rückfluß ehemaliger Emigranten oder temporäre Migranten haben die ersten Transformationsländer in 1993 erlebt. Im Vergleich zum Vorjahr halbierte sich zu diesem Zeitpunkt der Wanderungssaldo mit Deutschland um mehr als die Hälfte und 1994 abermals um etwa 30%.

Tabelle 1: Wanderungssaldo zwischen Deutschland und Osteuropa

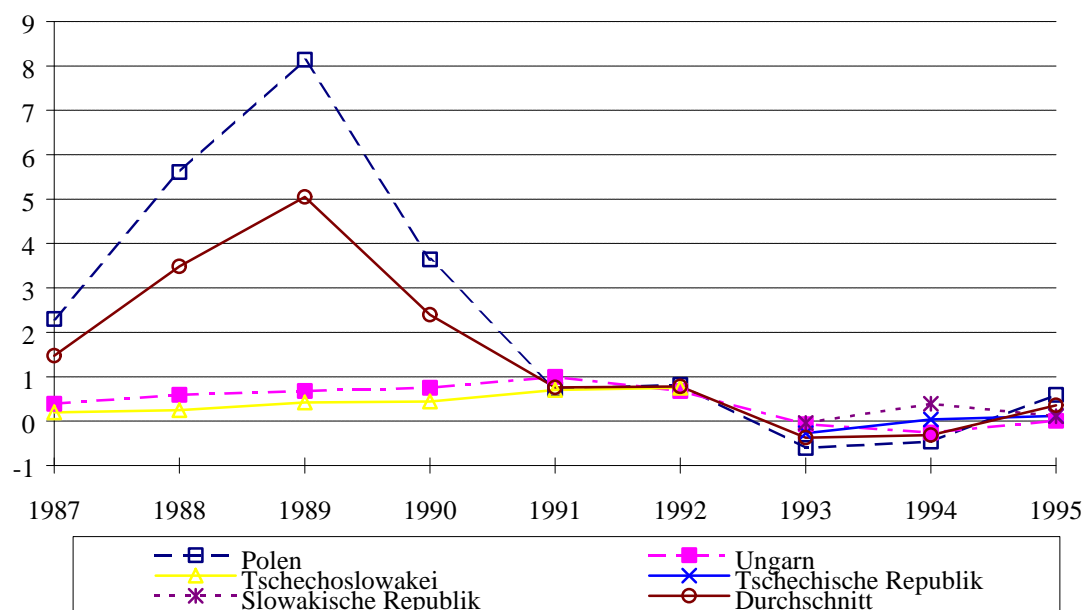
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Jugoslawien¹	9.842	30.001	26.876	27.630	169.253	254.054	166.808	38.736	45.780
Polen	86.706	212.435	309.172	138.563	27.634	31.647	-23.049	17.810	22.702
Ungarn	4.149	6.220	7.160	7.754	10.398	7.025	-744	-2.722	149
Rumänien	17.071	16.764	25.911	158.244	53.455	68.924	-15.947	-10.322	1.284
Tschechoslowakei²⁾	3.102	3.957	6.508	6.853	10.963	11.722	-4.240	2.081	1.834
UdSSR³⁾	14.777	48.944	110.540	180.687	182.285	85.976	85.626	99.832	90.175
Summe	135.647	318.321	486.167	519.731	453.988	459.348	208.454	145.415	161.924

Anm.: Ein positiver Saldo entspricht einem Überschuß der Zuzüge nach Deutschland gegenüber den Fortzügen.

1) sowie Nachfolgestaaten, 2) seit 1993: die Nachfolgestaaten, 3) ab 1992: nur Russische Föderation

Quelle: STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, verschiedene Jahrgänge.

Diese absoluten Wanderungszahlen der jeweiligen Nationen ermöglichen jedoch aufgrund der differierenden Bevölkerungsgröße keine Aussagen über die unterschiedlichen Wanderungsintensitäten. Setzt man die Wanderungszahlen in Bezug zu der jeweiligen Bevölkerungsgröße, erhält man vergleichbare Werte über die unterschiedliche Wanderungsintensität der einzelnen Länder.

Abbildung 1: Anteil der nach Deutschland Emigrierten an der Bevölkerung des Abwanderungslandes je 1.000 Einwohner

Anm.: Der durchschnittliche Wert ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der abgebildeten Länder und wurde mit der jeweiligen Bevölkerung gewichtet.
Tschechoslowakei bis 1992.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des STATISTISCHEN JAHRBUCHS FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, verschiedene Jahrgänge.

Abbildung 1 läßt erkennen, daß bis 1992 die Emigration von Polen nach Deutschland mit einem Abstand zu den anderen Transformationsländern am wanderungsintensivsten war. Der im Jahr 1993 zu verzeichnende negative Wanderungssaldo mit Deutschland kann zum einen auf Rückwanderungen, zum anderen auf weniger Nachzüge (GRUNDMANN 1992, S. 14f.) und Zuzüge - bedingt durch die abnehmende Sogwirkung der alten Bundesländer infolge der Krisenerscheinungen in der westdeutschen Wirtschaft - zurückgeführt werden.

Vergleicht man die Zuwanderungen von Osteuropa nach Deutschland mit denen von Ost- nach Westdeutschland, erkennt man einen zeitlich sehr ähnlichen Verlauf, jedoch auf einem zahlenmäßig höheren Niveau. Der Migrationsboom von Ost- nach Westdeutschland hatte seinen Höhepunkt im Jahr 1991, in dem etwa 1,2% der Bevölkerung der fünf neuen Bundesländer in das Gebiet der alten Bundesländer abwanderte. Seit 1994 scheint sich die Emigration nach Westdeutschland auf einem Niveau von etwa jährlich 20.000 Nettoabwanderungen oder im Durchschnitt für alle Neuen Bundesländer auf 0,13% der Bevölkerung einzupendeln. Dies entspricht einer Verringerung um 89% innerhalb von drei Jahren, wobei die jeweiligen regionalen Entwicklungen sehr unterschiedlich sind. Einzig Brandenburg konnte 1994 erstmalig als einziges der fünf neuen Bundesländer per Saldo einen Zuwanderungsüberschuß mit den alten Bundesländern erzielen, insbesondere aufgrund der Zuzüge aus Berlin (STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1996).

3 DETERMINANTEN DER MIGRATION

Migration ist ein multikausales Phänomen. Eine Betrachtung der Migrationsentscheidung und Migrationseffekte aus ökonomischer Perspektive kann der Multidimensionalität dieses Phänomens nicht Rechnung tragen, jedoch dient die Einengung der besseren Analysierbarkeit. Aus ökonomischer Sicht wird die Migrationsentscheidung als eine individuelle, d.h. von anderen Individuen oder sozialen Gruppen unabhängige Entscheidung betrachtet, der ein rationales Kosten-Nutzen-Kalkül zugrunde liegt. Übersteigt der erwartete Nutzen einer Migration die erwarteten Kosten,³ wird sich der rational handelnde Mensch - das Menschenbild, das die Ökonomie unterstellt - zur Migration entscheiden.

3.1 Determinanten des Nutzens

Der Nutzen einer Migration kann in der Verbesserung vieler verschiedener Komponenten der individuellen Lebensqualität liegen. So kann Migration mit einem verbesserten Zugang zu privaten Gütern (z.B. Konsumgüterangebot) und öffentlichen Gütern (z.B. Freizeit-, Kultur-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen), der Erlangung politischer Freiheit, größeren Selbstverwirklichungsmöglichkeiten, der Verbesserung der individuellen wirtschaftlichen Lage oder mit vorhandenen sozialen Bindungen in der Zielregion verbunden sein. Ökonomische Motive spielen bei der Entscheidungsfindung eine zentrale Rolle.⁴

Die individuelle wirtschaftliche Lage wird im allgemeinen primär durch die Einkommenshöhe determiniert. Ein höheres Einkommen in der Zielregion, d. h. im Ausland oder einer anderen inländischen Region, ist ein zentrales Migrationsmotiv. Das Individuum wird in der Entscheidungsfindung sein derzeitiges Einkommen mit seinem zukünftig erwarteten permanenten Einkommen in Beziehung setzen und zwar jeweils für den Fall der Migration und der Nichtmigration und die Ergebnisse beider Fälle vergleichen. Übersteigt das Ergebnis des Migrationsfalles das Ergebnis der Nichtmigration, ist zu erwarten, daß das Individuum potentiell migriert. Das zukünftig erwartete permanente Einkommen beinhaltet dabei die Abdiskontierung des erwarteten Einkommens mit den verbleibenden Erwerbsjahren (oder Lebensjahren) bzw. im Falle temporärer Migration mit der Zeit, für die man beabsichtigt zu migrieren. Aufgrund

³ Die Kosten der Migration umfassen hier auch die Opportunitätskosten, d.h. den Nutzen des Bleibens bzw. der Nicht-Migration.

⁴ Einer Umfrage der INTERNATIONAL ORGANIZATION FOR MIGRATION (IOM) unter 121 Immigranten in Ungarn zufolge, stellen ökonomische Gründe die wichtigste Motivation für Migration dar - dies gaben 46% der Interviewten an (HEINRICH 1994, S. 137). JUHÁSZ verweist darauf, daß ökonomisch motivierte Emigration im Vergleich zu politisch motivierter zugenommen hat (JUHÁSZ 1995, S. 214).

der methodischen Schwierigkeiten, nicht oder nur schwer in monetären Einheiten darstellbare Faktoren in das Nutzenkonzept zu integrieren, z.B. die Versorgung mit öffentlichen Gütern, wird bei der später erfolgenden Projektion über die zu erwartende Migration die Variable Einkommen(niveau) als Nutzenindikator verwendet. Auch LAYARD et al. (1992, S. 21) identifizieren - neben den Variablen komparative Arbeitslosenquote und Arbeitslosenunterstützung, Wohnmöglichkeiten sowie Kosten der Migration - das komparative Lohnniveau als Determinante der Migrationsentscheidung.

Der Nutzen eines höheren Einkommens liegt jedoch nicht nur in der monetären Komponente, da Einkommen auch mit sozialem Prestige verbunden ist. Ebenso werden Beruf und Arbeit auch im Zeitalter der Freizeit- und Konsumorientierung immer noch als wichtige Quelle sozialer Geltung und des Selbstwertgefühls angesehen (WISWEDE 1991, S. 159, S. 171f.). Vor diesem Hintergrund muß auch Migration als Flucht aus bestehender oder vor drohender Arbeitslosigkeit nicht primär ökonomisch motiviert sein. Die Überwindung regionaler Grenzen geht im allgemeinen mit sozialer Mobilität (vertikaler gesellschaftliche Auf-/Abstieg) einher. Diese sozialen Faktoren beeinflussen die individuelle Wohlfahrt an einem Standort ebenso wie die ökonomische Situation.

3.2 Determinanten der Kosten

Migration ist mit vielfältigen Kosten materieller und nicht-materieller Art verbunden. Kosten, die mit einer Migration einhergehen, bestehen z.B. in der Überwindung gesetzlicher und/oder institutioneller Hindernisse, durch eventuell vorhandene sprachliche und kulturelle Barrieren (Eingliederungskosten), Informations-, Such- und Kommunikationskosten, entgangenes Einkommen während des Umzugs, Transportkosten für Personen und Besitz, mögliche Verluste aus der Auflösung von Vermögen (z.B. Hausverkauf) und infolge der Entwertung länderspezifischer und arbeitsplatzspezifischer Humankapitals (brain waste).

Die Einreisebedingungen bzw. der politische Wille im Zielland, Einwanderung zuzulassen, zählen zu den sog. Pull-Faktoren der Migration. In der Migrationstheorie wird häufig nach Push-Faktoren - Faktoren, die Menschen aus einem Land treiben - und Pull-Faktoren - die Migration in ein Land attrahieren (Sogwirkung) - differenziert. Push-Faktoren stellen zwar eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung für Migration dar, da entscheidender die politische Aufnahmebereitschaft des Ziellandes ist (STRAUBHAAR 1994, S. 78).

Auch auf der Kostenseite besteht die Schwierigkeit, einige Größen zu quantifizieren. Daher werden z.B. Informationskosten häufig vereinfachend mit Null angesetzt.⁵ Die Entwertung des eigenen Humankapitals durch die nicht universelle Übertragbarkeit länderspezifischer Kenntnisse auf andere Regionen und Arbeitsverhältnisse kann sowohl unmittelbar Kosten bzw. entgangenen Gewinn durch ein geringeres Einkommen in der Zielregion hervorrufen als auch mittelbar, z.B. im Falle einer Rückkehr in die Heimatregion durch den Verfall bzw. die Entwertung einst erworbenen Humankapitals. Migration ist überdies mit psychologischen Kosten verbunden, die durch das Verlassen bestehender sozialer Netzwerke (z.B. Familie, Freundeskreis, Vereine) entstehen.

⁵ In der klassischen mikroökonomischen Theorie über Migrationsentscheidungen wird weiterhin davon ausgegangen, daß keine interpersonellen Unterschiede im Hinblick auf den Zugang zu Information (z. B. aufgrund von Bildung, sozialer Kontakte o.a.) bestehen (perfekte Information), Migration risikofrei ist, Migranten eine homogene Gruppe von Menschen darstellen und sich bedingungslos rational verhalten (s. FISCHER et al. 1995, S. 10ff). Diese Annahmen abstrahieren von individuellen Merkmalen der Person sowie der Situation, die sowohl die Suchintensität von Informationen, die Wahrnehmung als auch die Verarbeitung von Informationen, Prozesse, die beide selektiv sind, beeinflussen.

Die meisten Kostenarten korrelieren mit der Entfernung zum Migrationsziel. Im Unterschied zur Binnenmigration ist grenzüberschreitende Migration i.d.R. mit viel höheren psychischen und finanziellen Kosten als ein Umzug innerhalb eines Landes verbunden (LAYARD et al. 1992, S. 23). Grenzüberschreitende Migration ist daher weitaus seltener als Binnenmigration. Die Relation von Außen- zu Binnenmigration lag 1994 beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland⁶ bei 1:23 (Verhältnis der Fortzüge von Deutschen ins Ausland zu den Umzügen innerhalb der Bundesländer) bzw. 1:9 (Verhältnis der Fortzüge von Deutschen in das Ausland zu den Wanderungen zwischen den Bundesländern).⁷ Ein Bericht der UN weist jedoch darauf hin, daß sich die Intensität der internationalen Migration seit den frühen 90er Jahren - verglichen mit dem jährlichen Durchschnitt der vergangenen 40 Jahre - mehr als verdoppelt hat (UN/ECE 1995, S. 227), so daß die Divergenz von Binnen- zu Außenmigration sinken wird.

Im Gegensatz zum Nutzen fallen die mit einer Migration verbundenen Kosten zumeist unmittelbar an und bestehen häufig aus hohen sunk costs (z.B. Umzugskosten, start-up Kosten in der Zielregion). Diese Kosten reduzieren den Migrationsanreiz, doch sinkt der Einfluß mit zunehmender Migrationsdauer, da die angefallenen Fixkosten über einen längeren Zeitraum abgeschrieben werden können. Ausgehend vom Einkommen als der entscheidenden Nutzenkomponente, muß im Falle temporärer Migration daher das Einkommen in der Zielregion höher sein als bei einer permanenten Migration. Die Berücksichtigung des Zeitfaktors bei der Ermittlung des Nutzens stellt zudem auch eine Erklärung dafür dar, warum primär junge Menschen wandern.

3.3 Die Rolle von Erwartungen

Sowohl bezüglich der Kosten als auch der Nutzen bestimmenden Faktoren spielen Erwartungen eine wesentliche Rolle. Erwartungen sind subjektive Wahrscheinlichkeiten, daß ein Ereignis eintritt. Doch wodurch bilden sich Erwartungen über einen möglichen Migrations-„erfolg"? Diese können sowohl auf eigenen Erfahrungen als auch auf Erfahrungen Dritter oder auf allgemein zugänglichen Informationen beruhen. Eine die subjektiven Erwartungen beeinflussende Variable ist die Chance, einen Arbeitsplatz im Ausland zu finden.⁸ Als ein Maß für diese Chance kann die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenrate im Zielland oder - falls hierüber Informationen verfügbar sind - die Arbeitslosenquote für die eigene Berufsgruppe herangezogen werden. Hohe bzw. steigende Arbeitslosenraten im Inland werden daher im individuellen Kalkül den Nutzen der Nichtmigration vermindern und einen Anreiz schaffen, der Arbeitslosigkeit durch Migration zu entgehen. Die Arbeitsplatzsicherheit kann dabei auch einen höheren Stellenwert genießen als der potentielle Einkommenszuwachs (DIW WOCHENBERICHT 5/97, S. 92).

Psychologen haben zudem festgestellt, daß antizipierte Arbeitslosigkeit bei Individuen größeren Streß auslösen kann als bereits eingetretene Arbeitslosigkeit (WISWEDE 1991, S. 162). Wendet man diese Erkenntnis auf das Migrationsphänomen an, bedeutet dies, daß der Migrationsanreiz für ein Individuum hoch sein müßte, wenn Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist, die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenrate steigt oder Arbeitslosigkeit antizipiert wird. Die antizipierte Arbeitslosigkeit hängt dabei sowohl von der tatsächlichen Arbeitslosenrate

⁶ Für die Staaten Mittel- und Osteuropas waren leider keine Daten verfügbar.

⁷ Für die Bundesrepublik Deutschland war 1994 festzustellen, daß - jeweils bezogen auf 1.000 Einwohner - 1,5 Deutsche grenzüberschreitend migrierten, 12,9 Personen in ein anderes Bundesland wanderten und 35,1 Personen innerhalb ihres Bundeslandes umzogen, s. STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1996, S. 82ff.

⁸ LAYARD et al. (1992, S. 22) betonen, daß Migration weniger auf Löhne, als auf die Chancen, einen Job zu finden, reagiert.

(gegenwärtig und prognostiziert) ab, wird jedoch auch von individuellen Erwartungen beeinflusst. Erwartungen hängen auch von individuellen Einstellungen ab - z.B. ob ein Individuum beispielsweise eher optimistisch oder pessimistisch ist - und Erwartungen, welche die eigene Situation betreffen sind dabei von denjenigen abzugrenzen, welche die allgemeine Lage betreffen (WISWEDE 1991, S. 186f.).

Die in vielen Transformationsländern noch immer zunehmenden Arbeitslosenraten durch die Umstrukturierung der Wirtschaft,⁹ eine gesunkene oder sinkende Kaufkraft für weite Bevölkerungsgruppen, eine häufig noch nicht stabile politische Lage, pessimistische Erwartungen und Zukunftsängste wirken sich steigernd auf die antizipierte Arbeitslosigkeit aus, so daß zu erwarten ist, daß zunehmend mehr Menschen sowohl infolge tatsächlicher Arbeitslosigkeit als auch aufgrund befürchteter Arbeitslosigkeit aus Osteuropa emigrieren werden,¹⁰ wenn die mit einer Migration verbundenen Kosten durch eine Beseitigung bzw. Reduzierung institutioneller Schranken im Zuge eines EU-Beitritts gesenkt werden.

Erwartungen sind nicht nur im Hinblick auf den Faktor Arbeitslosigkeit von Bedeutung, sondern für alle Kosten und Nutzen determinierenden Faktoren. Nutzen und Kosten einer Migration fallen zu unterschiedlichen Zeitpunkten an. Während der Nutzen der Migration vor allem in der Zukunft anfällt, treten die Kosten primär in der Gegenwart auf. Die Erwartungen über das Eintreten der Kosten sind daher sicherer als die über die Realisierung des Nutzens. Die Unsicherheit über zukünftigen Nutzen mag auch das Phänomen erklären, daß die meisten Menschen eine starke Gegenwartspräferenz haben und niedrigeren, aber gegenwärtigen Nutzen häufig gegenüber einem höheren, aber zukünftigen Nutzen präferieren.¹¹ Gegenwartspräferenz bzw. Risikoaversion und das Migrationsverhalten hängen von der Risikoeinstellung ab, die individuell verschieden ist.

Die Berücksichtigung von Gegenwartspräferenzen kann auch einen Erklärungsbeitrag für das empirische Phänomen liefern, daß zukünftiger Nutzen nicht nur höher sein muß als der gegenwärtige Nutzen, um Migration auszulösen, sondern häufig ein Vielfaches dessen betragen muß. Verwendet man den Reallohn als Maß für den Nutzen, wurde für Europa festgestellt, daß der Reallohn im Einwanderungsland mindestens doppelt so hoch sein muß wie der im Auswanderungsland, um Migrationsbewegungen zu bewirken (HOF 1993, S. 67). Zum Teil kann man dies als Entschädigung für die mit einer Migration verbundenen Kosten betrachten, doch besteht angesichts dieser Lohndifferenzen sicherlich eine Überkompensation in nicht unbedeutendem Ausmaß.

3.4 Sozio-ökonomische Variablen

Ökonomische Ansätze können im allgemeinen nicht oder nur unvollständig erklären, warum angesichts der bestehenden ökonomischen und sozialen Ungleichheiten in der Welt „nur“ etwa 2,2%¹² der Weltbevölkerung außerhalb ihres Heimatlandes lebt.¹³ Sie sind nicht in der

⁹ So ist beispielsweise in Ungarn die Arbeitslosigkeit während der Transformation von 1,6% in 1990 auf 15% in 1993 gestiegen.

¹⁰ Dabei ist anzunehmen, daß die befürchtete Arbeitslosenrate nicht proportional zu der tatsächlichen verläuft, sondern tendenziell stärker steigt.

¹¹ Dies zeigt sich in psychologischen Experimenten zu verzögerten Belohnungen. Diese haben ergeben, daß höhere, jedoch zukünftige Belohnungen i.d.R. nicht geringeren gegenwärtigen Belohnungen vorgezogen werden, vgl. auch HERKNER (1991, S. 81ff).

¹² Der Weltentwicklungsbericht geht von mindestens 125 Mio. Menschen aus, die außerhalb ihres Heimatlandes leben. Bezogen auf die weltweite Bevölkerung von 5,6 Mrd. in 1994 entspricht dies 2,22%. Insgesamt ist sowohl die Zahl der Abwanderungs- als auch die der Zuwanderungsländer gestiegen (WELTBANK 1995, S. 77).

Lage zu erklären, warum manche Individuen mit gleichen Ausgangsbedingungen entscheiden, ihren Nutzen durch Migration zu vergrößern und andere - wiederum gleiche ökonomische Ausgangsbedingungen unterstellt - nicht migrieren.¹⁴

Eine ökonomische Erklärung dafür, warum nur relativ wenige Menschen wandern, bieten vor allem zwei Ansätze. Zum einen wird argumentiert, daß Migration mit Kosten verbunden ist, welche die armen Haushalte trotz Migrationswunsch nicht aufbringen können.¹⁵ Zum anderen geht man der Frage nach, ob es einen „Nutzen der Immobilität“ gibt. Dieser Erklärungsansatz besagt, daß ein Teil des Humankapital ortsspezifische Fähigkeiten und Vermögen sind - die sowohl ökonomischer als auch sozialer und politischer Art sein können - und Mobilität diese Investitionen aus individueller und gesellschaftlicher Sicht zu sunk costs machen würde.¹⁶ Migration wird zwar zum Entstehen neuen lokalspezifischen Humankapitals führen, doch ist dies ein zeitintensiver Prozeß.

Da ökonomische Variablen alleine nicht ausreichen, Ausmaß und Struktur der real stattfindenden Migration zu erklären, ist eine Ergänzung um sozio-ökonomische Merkmale der Migrationspopulation sinnvoll. Migranten sind nicht gleichverteilt über alle Bevölkerungsgruppen, sondern Migration korreliert mit bestimmten persönlichen Merkmalen. Hierzu gehören Faktoren wie z.B. Geschlecht, soziale Bindung (Partner, Freunde, Familie), soziale Schichtzugehörigkeit, Heimatverbundenheit und Bildung. Migrationsentscheidungen sind in der Realität zudem vielfach keine unabhängigen individuellen Entscheidungen, sondern unterliegen häufig sozialem Druck und sind von anderen Personen mitbestimmt.¹⁷ Starke soziale Bindungen in der Heimatregion wie z.B. „Verheiratet sein“ oder „enge Familienbände“ reduzieren beispielsweise die Migrationsneigung (FISCHER et al. 1995, S. 21). HEINRICH (1994, S. 143) bezeichnet „Ungebundenheit“ als die härteste Variable der Migrationsneigung. Andere migrationsfördernde Eigenschaften stellen „männlich“ und „jung“ dar. In Bezug auf die Determinante „soziale Lage“ ist festgestellt worden, daß der typische Migrant entweder besonders qualifiziert ist (Hochschulausbildung) oder sich aber in besonders schlechter Lage (Arbeitslosigkeit) befindet (HEINRICH 1994, S. 137).

Neben diesen individuellen Merkmalen beeinflussen auch die Situation und soziale Vergleichsprozesse das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül und das tatsächliche Migrationsverhalten in entscheidender Weise. Gemäß BOUDON beurteilt ein Individuum seine Zufriedenheit durch den Vergleich der eigenen Lage mit der einer Bezugsperson oder einer Referenzgruppe (MACKIE 1995, S. 187). Die eigene Zufriedenheit ist demnach variabel entsprechend der Gruppe/dem Individuum, mit der/dem man sich vergleicht.¹⁸ Die Wahl des Vergleichsniveaus wird durch Normen bestimmt und ist wesentlich für die Beurteilung der eigenen Situation, die persönliche Zufriedenheit. Neben diesem sozialen Vergleichsniveau existiert auch ein indivi-

¹³ Nach MACKIE (1995, S. 207) beträgt die gesamte Migrationsbevölkerung (legale und illegale Migranten sowie Flüchtlinge) weltweit ca. 80 Mio. Menschen bzw. etwa 1,7% der Weltbevölkerung. Die stärksten Migrationsbewegungen finden heute innerhalb weniger entwickelter Weltregionen in Afrika, Asien und der ehemaligen Sowjetunion statt (s. STRAUBHAAR 1994, S. 71).

¹⁴ Stuft man ökonomische Faktoren als notwendiges, nicht jedoch hinreichendes Migrationsmotiv ein, ist die Verschiedenartigkeit von Entscheidungen unter gleichen ökonomischen Voraussetzungen erklärbar (STRAUBHAAR 1994, S. 76).

¹⁵ Darauf, daß Migranten selten aus den ärmsten Haushalten stammen, da Migration hohe Kosten verursacht, weist auch der WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1995 (S. 78) hin.

¹⁶ Vgl. FISCHER et al. (1995, S. 25), die eine gute Erörterung dieses Problems bieten.

¹⁷ Emigration eines Einzelnen kann auch strategisches Verhalten einer Familie oder Kleingruppe widerspiegeln. Siehe hierzu STRAUBHAAR (1994, S. 75).

¹⁸ Nach STARK fördert relative Deprivation internationale Migration, nicht aber Binnenmigration (MACKIE 1995, S. 197).

duelles Vergleichsniveau (Vergleich mit eigenen Ergebnissen in der Vergangenheit).¹⁹ Geht man davon aus, daß Migration Unzufriedenheit bzw. eine größere erwartete Zufriedenheit voraussetzt, wird die Bedeutung sozialer Einflüsse auf das individuelle Verhalten, das durchaus primär ökonomisch motiviert sein mag, deutlich.²⁰ Unzufriedenheit setzt folglich keine tatsächliche Verschlechterung der eigenen Lage voraus, sondern kann beispielsweise dadurch entstehen, daß die Verbesserung der eigenen Lage langsamer vorangeschritten ist als die relevanter Bezugspersonen oder geringer ausgefallen ist als eigene Ansprüche oder Erwartungen.²¹

In der ökonomischen Forschung werden häufig soziale Vergleichsprozesse bei der Bewertung des Nutzens analytisch nicht berücksichtigt, ebensowenig wie der Umstand, daß es für das persönliche Wohlbefinden günstiger ist, dasselbe Wohlstandsniveau in einer weniger reichen als in einer reicheren Umgebung zu erleben.²² Die Einbeziehung sozialer Vergleichsprozesse, sozialer Strukturen und Netzwerke (auch normative Erwartungen anderer Menschen an den Migranten) sowie von Persönlichkeitsvariablen (z.B. Risikobereitschaft, Gegenwartspräferenz) in die Analyse der Wanderungsentscheidung kann daher einen Erklärungsbeitrag zu dem empirischen Phänomen leisten, warum sich unter sonst gleichen äußeren Ausgangsbedingungen einige Individuen entscheiden zu wandern, während andere zum Verharren tendieren. Migration ist somit ein multidimensionales Phänomen, das sowohl von ökonomischen Variablen wie auch von sozialen Einflüssen und individuellen Merkmalen abhängig ist.

3.5 Migration aus dem ländlichen Raum

In bezug auf den Bereich Land-Stadt-Migration sind einige Besonderheiten festzustellen. Zum einen üben Städte häufig eine Sogwirkung auf die ländliche Bevölkerung aus. Diese basiert auf einem größeren und vielfältigeren Arbeitsplatzangebot, einem höheren Lohnniveau in den Städten und einer besseren Versorgung mit öffentlichen Gütern. Zum anderen erzeugen Faktoren wie z.B. eine unzureichende infrastrukturelle Anbindung des ländlichen Raumes an Konsum-, Kultur- und Freizeitzentren bzw. an Agglomerationszentren sowie größere Armut einen Abwanderungsdruck. In der Transformationsphase sind - wie schon in den 60er Jahren - vermehrt Personen in den ländlichen Gebieten von Armut betroffen. In Budapest und anderen Großstädten Ungarns liegt beispielsweise die Armutsrate deutlich unter dem Landesdurchschnitt (ANDORKA und SPÉDER 1995, S. 660).

Die Standortverteilung von Produktion und Beschäftigung geht eindeutig zu Lasten des ländlichen Raumes. Der ländliche Raum ist geprägt durch einen hohen Anteil des Agrarsektors an Produktion und Beschäftigung; Arbeitsplätze im sekundären und tertiären Sektor sind in geringerem Maß als in urbanen Regionen vorhanden. Mit dieser ungleichen Standortverteilung der Unternehmen der drei Sektoren ist auch ein Lohngefälle verbunden. In Polen lagen beispielsweise die Löhne im Sektor Landwirtschaft 1994 bei 82,3% des durchschnittlichen polni-

¹⁹ Die Tendenz zum sozialen Vergleich wächst im Ausmaß der Intransparenz der Situation (WISWEDE 1991, S. 111).

²⁰ In bezug auf die sozialen Vergleichsprozesse könnte man z. B. vermuten, daß Migranten beispielsweise ein höheres Vergleichsniveau wählen und damit die Bewertung der eigenen Situation *relativ* schlechter ausfallen lassen als durch die Wahl einer Referenzgruppe, die der eigenen Lage sehr ähnlich ist.

²¹ Die Psychologie der Anspruchsbildung geht beispielsweise davon aus, daß sich proportionale Verbesserungen progressiv auf die Anspruchsbildung auswirken, so daß eine verbesserte wirtschaftliche Situation im Transformationsprozeß nach wachsender Zufriedenheit vermehrte Unzufriedenheit hervorrufen kann (vgl. auch WISWEDE 1991, S. 143).

²² Darauf, daß häufig nicht eine absolute Verbesserung der Lebensqualität für die Entscheidung zur Migration wesentlich ist, sondern die relative Verbesserung, weist auch STRAUBHAAR (1994, S. 75) hin.

schen Lohnniveaus (WIIW 1996). In der Slowakischen Republik verschlechterte sich die Ungleichheit der Einkommen zwischen den Sektoren mit der Transformation stark zuungunsten des Sektors Landwirtschaft. Während die Löhne in der Landwirtschaft im Jahr 1992 noch 91,8% des gesamtwirtschaftlichen durchschnittlichen Lohnniveaus betragen lagen sie 1995 nur noch bei 80,7% (WIIW 1996). Der Sektor Landwirtschaft lag damit im Lohnvergleich unter allen anderen Sektoren der Volkswirtschaft (REPORT ON AGRICULTURE 1996, S. 76f.).

Hinsichtlich des Arbeitsplatzangebotes belegt eine Studie für den Zeitraum 1980-1990, die für die OECD-Staaten durchgeführt wurde, daß Beschäftigungszuwächse vorwiegend in städtischen Regionen stattfinden (OECD 1996, S. 116).

Einer Emigration aus dem ländlichen Raum vorbeugen kann daher vor allem die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze in der Region und die Attrahierung von Unternehmen zwecks Förderung der Entstehung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Landwirtschaft. Des weiteren kann die Bereitstellung einer guten infrastrukturellen Anbindung der Bewohner des ländlichen Raumes an potentielle Arbeitgeber in anderen Regionen der Entleerung des ländlichen Raumes und damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Entwicklung der Region vorbeugen.

Bislang haben die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer Arbeitsplätze im primären Sektor abgebaut und auch anstehende Umstrukturierungen landwirtschaftlicher Unternehmen werden zukünftig mit einer weiteren Reduzierung der Arbeitsplätze im Sektor einhergehen. Die Umstrukturierung der Landwirtschaft infolge der deutsch-deutschen Vereinigung hat beispielsweise dazu geführt, daß sich der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zwischen 1991 und 1993 mehr als halbierte und zwischen 1993 und 1995 nochmals um rund 13% reduzierte. Insgesamt betrug die Freisetzung von Arbeit aus der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zwischen 1991 und 1995 rund 59%. Offenkundig wurden unter dem sozialistischen System verhinderte Anpassungen innerhalb kurzer Zeit nachgeholt (FASTERDING 1997, S. 117). Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, daß Tätigkeiten, die vormals zum landwirtschaftlichen Sektor zählten, inzwischen statistisch häufig anderen Bereichen zugeordnet werden.

Da in Mittel- und Osteuropa ein struktureller Umbau der Volkswirtschaften den ländlichen Raum infolge des weitaus bedeutenderen Anteils der Landwirtschaft an der Produktion und Beschäftigung besonders treffen wird, ist es um so wichtiger, Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des Sektors Landwirtschaft zu fördern und die Lebensbedingungen im ländlichen Raum und dessen Entwicklungsperspektiven durch einen Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur zu verbessern.

4 FOLGEN EINES BEITRITTS ZUR EUROPÄISCHEN UNION AUF DIE ENTWICKLUNG DER MIGRATIONSSTRÖME

Ein Beitritt zur EU beeinflusst die Allokation und Mobilität der Produktionsfaktoren nicht nur in dem beitretenden Land, sondern auch zwischen dem beitretenden Land und den Mitgliedern der Europäischen Union.

4.1 Einfluß der Freizügigkeit auf die Migrationsentscheidung

Die Teilnahme am gemeinsamen Markt mit dem Recht der Freizügigkeit wird sich auf die Entscheidung eines potentiellen Emigranten in mehrfacher Hinsicht auswirken, wobei die

beiden folgenden Aspekte die Diskussion in der Literatur dominieren (TAPINOS 1994, S. 214):²³

- Durch staatliche Regulierungen bedingte Migrationskosten werden aufgrund eines Beitritts sinken.
- Die Integration in einen vollständig liberalisierten Markt für Güter und Faktoren müßte, wenn man der traditionellen Außenhandels­theorie folgt, eine Konvergenz der Faktorentgelte zwischen dem In- und Ausland initiieren bzw. eine bestehende Entwicklung verstärken. Bei individueller Antizipierung dieser Tendenz durch einen potentiellen Emigranten würde folglich der Anreiz zu migrieren sinken.

4.1.1 Migrationspolitik

Die Regulierungen bezüglich einer Zuwanderung von Personen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union sind in allen Ländern der EU sehr restriktiv (ZIMMERMANN 1994, S. 247ff.). Auch wenn bislang innerhalb der Europäischen Union keine einheitliche Immigrationspolitik existiert (ZIMMERMANN 1995, S. 58), zielt die Politik aller Mitgliedsländer auf eine Beschränkung ökonomisch motivierter Einwanderung (UN/ECE 1995, S. 235). Als Beispiel für die Einstellung der Länder gegenüber der Immigration soll die deutsche Immigrationspolitik dargestellt werden. Deutschland weist innerhalb der Europäischen Union die höchste Nettoimmigration aus den mittel- und osteuropäischen Ländern auf (EUROSTAT 1996a). Nach dem Verständnis der deutschen Regierung ist Deutschland jedoch kein Einwanderungsland (ZIMMERMANN 1995, S. 57).²⁴ Das Ziel der deutschen Einwanderungspolitik ist es, sowohl die permanente als auch eine temporäre, d.h. über drei Monate hinausgehende, Zuwanderung von Ausländern, die nicht über die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedslandes verfügen, zu beschränken. Personen ohne familiäre Verbindungen in Deutschland können daher nur eine für maximal drei Monate gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, deren Erteilung von der Lage und Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles abhängt. Die einzige Ausnahme bilden Personen, die überdurchschnittlich ausgebildet sind bzw. in einer Branche tätig sind, in der eine Überschußnachfrage besteht, die durch Zuwanderung aus der Europäischen Union oder aus ausgewählten Ländern wie zum Beispiel den U.S.A. nicht befriedigt werden kann (§19 (1) ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ und §10 AUSLÄNDERGESETZ). Die Europa-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den mittel- und osteuropäischen Ländern haben an dieser Regelung nichts geändert (KUSCHEL 1992, S. 99).

Diese restriktive Haltung fördert die illegale oder semi-legale Immigration. Auch wenn in diesen Fällen administrative Kosten wegfallen, so bestehen andere Kosten, wie z.B. Schmiergelder an Mittelsmänner für die Vermittlung einer Beschäftigung, oder im Falle einer Festnahme als illegal Beschäftigter, Sanktionskosten.

In den drei ostmitteleuropäischen Ländern, die die Grundlage für die vorliegende Analyse bilden, bestehen - wie in der Europäischen Union - keine Beschränkungen hinsichtlich des

²³ Es wird unterstellt, daß mit dem Beitritt zur Europäischen Union das Recht auf Freizügigkeit auch für die Bewohner der beitretenden Länder uneingeschränkt gelten wird.

²⁴ Unter einem Einwanderungsland versteht man einen Staat, der die Zuwanderung von Ausländern - limitiert oder nicht limitiert - unabhängig von deren individueller Motivation zuläßt.

Ausreiserechts und für den Transfer vorhandenen Vermögens in die EU (für Ungarn s. JUHÁSZ 1995, S. 211, IMF 1996, GRECIC 1993, S. 139).²⁵

Aus den obigen Ausführungen folgt daher, daß die Ausweitung der Freizügigkeit zu einer Reduzierung administrativ verursachter Migrationskosten führt.

4.1.2 Konvergenz der Einkommen

4.1.2.1 Konvergenz der Einkommen innerhalb der Europäischen Union

Die Annahme, daß der Beitritt zur Europäischen Union zu einer Konvergenz der Faktorentgelte führt, basiert auf den Ergebnissen eines einfachen Heckscher-Ohlin-Samuelson-(HOS-) Modells (JOVANOVIĆ 1992, S. 88ff.). Die Erwartung einer Angleichung der Einkommen infolge eines Beitritts zu einer Wirtschaftsunion ist aber sowohl in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht nicht zwingend gerechtfertigt. Betrachtet man beispielsweise allein die Annahmen des HOS-Modells, so kann man die aus dem HOS-Modell gewonnenen Erkenntnisse eher als ein Argument gegen eine Konvergenz der Faktorentgelte ansehen. Die Konvergenz der Faktorentgelte ergibt sich allein dann, wenn die verschiedenen restriktiven Annahmen (z.B. vollkommene Faktor- und Gütermärkte, unvollständige Spezialisierung der Länder etc.) erfüllt sind.²⁶ Auch die Erkenntnisse sowohl aus der Integrationstheorie als auch aus der neueren Wachstumstheorie schränken die Aussagekraft der auf dem HOS-Modell basierenden Aussagen für die hier diskutierte Fragestellung ein. Nach der Integrationstheorie ergeben sich die durch die Etablierung eines gemeinsamen Marktes zusätzlichen Wohlfahrtseffekte durch Wanderung von Arbeit an den Ort ihrer produktivsten Verwendung. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Mobilität von Arbeit nicht durch administrative Beschränkungen oder durch unvollständige Informationen über die Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Regionen behindert wird (WERNER 1990, S. 77).

Nach der neueren Wachstumstheorie hängt das langfristig realisierbare Pro-Kopf-Volkseinkommen²⁷ in einer Volkswirtschaft von ihren Ausgangsbedingungen hinsichtlich der mengenmäßigen und qualitativen Faktorausstattung ab. Aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen können sich sog. Konvergenz-Clubs bilden. Das heißt, daß Volkswirtschaften mit einem unterschiedlichen hohen Pro-Kopf-Einkommen auch langfristig nebeneinander (auch innerhalb einer Wirtschaftsunion) existieren können (BEN-DAVID 1994, siehe auch BÁRTA und URL 1997). Im Gegensatz dazu stehen die Aussagen der traditionellen neoklassischen Wachstumstheorie, welche eine Pfadunabhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung unterstellt.

Aus der theoretischen Diskussion läßt sich somit keine eindeutige Schlußfolgerung über die Entwicklung der Faktorentgelte ziehen (JOVANOVIĆ 1992, S. 92). Dieses Resultat hat sich auch empirisch innerhalb der Europäischen Union bestätigt. TAPINOS (1991, S. 214ff.) untersuchte die Einkommenskonvergenz innerhalb der Europäischen Union. Zur Bestimmung der Konvergenz wurde der Quotient aus der Standardabweichung und dem durchschnittlichen Bruttosozialprodukt berechnet. Je geringer dieser Wert ist, desto größer ist die Einkommens-

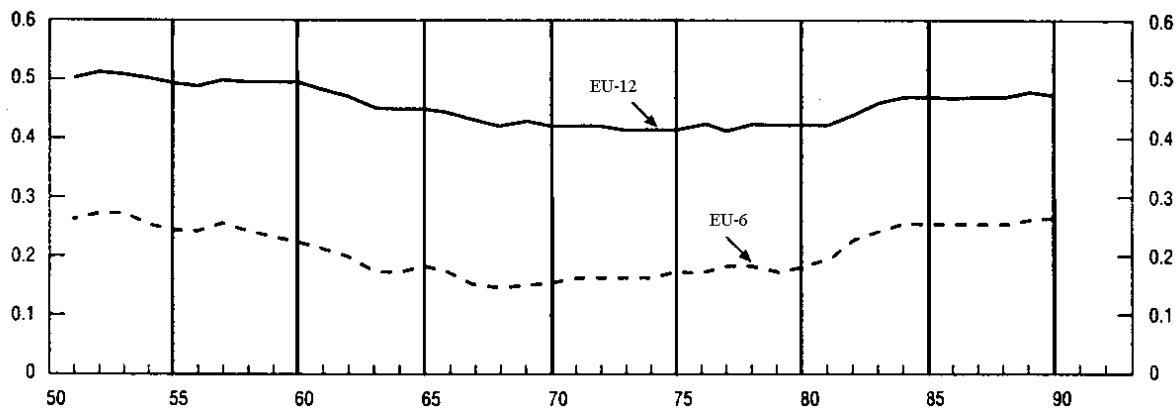
²⁵ Nur in Polen bestehen in der Form Restriktionen, daß auf Zloty laufende Vermögensgegenstände nicht transferiert werden dürfen. Andererseits besteht innerhalb Polens die interne Konvertibilität (IMF 1996, S. 391f.)

²⁶ Eine ausführliche Diskussion des HOS-Modells erfolgt in KRUGMAN und OBSTFELD 1994, S. 76f.

²⁷ Nach der Außenhandelstheorie müßte man die Entwicklung der Faktorentgelte zwischen den relevanten Ländern untersuchen. Aus Sicht eines potentiellen Emigranten wird aber vielmehr das Pro-Kopf-Einkommen von Relevanz sein, da diese Variable auch Faktoren berücksichtigt, die bei den Faktorentgelten nicht enthalten sind, wie z.B. öffentliche Dienstleistungen etc., die aber dennoch den Nutzen eines Individuums beeinflussen (WYPLOSZ 1994, S. 174).

konvergenz. TAPINOS kommt zu dem Ergebnis, daß es in der EU-6 in den 50er und 60er Jahre zu einer Angleichung der Einkommen kam, während seitdem eine Divergenz festzustellen ist (s. Abbildung 2). Der Wert für das Jahr 1990 entspricht in etwa dem von 1957, dem Gründungsjahr der Europäischen Union. Für die EU-12 ist ein ähnlicher Trend festzustellen, wenn auch die Konvergenzphase bis Ende der 70er Jahre andauerte. Hierbei ist aber anzumerken, daß die EU-12 erst seit 1986 besteht, so daß die Aussagekraft dieser Zeitreihe eher gering ist.

Abbildung 2: Einkommenskonvergenz innerhalb der Europäischen Union



Quelle: TAPINOS (1991), S. 215.

Die in der Untersuchung von TAPINOS nicht feststellbare Einkommenskonvergenz innerhalb der Europäischen Union wird von TOVIAS (1982) in einer älteren Studie zu demselben Thema bestätigt.

Beschränkt man sich bei der Analyse auf die vier hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens ärmsten Länder innerhalb der Europäischen Union - Irland, Griechenland, Portugal und Spanien -, deren Staatsangehörige gleichzeitig netto abwandern, dann kann man eine Angleichung des Einkommens an das durchschnittliche Einkommensniveau der Europäischen Union feststellen. So stieg das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen dieser Länder gegenüber dem durchschnittlichen Einkommen in der Europäischen Union von 66% im Jahre 1983 bis zum Jahr 1993 auf 74% (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996, S. 18). Diese aus Sicht der Staaten positive Entwicklung gilt aber mit Ausnahme von Irland nur auf Landesebene. Innerhalb der mediterranen Länder nahm die regionale Disparität zulasten der ländlichen Räume zu. In diesen Ländern konzentrierte sich das Wirtschaftswachstum im wesentlichen auf urbane Regionen. Die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens in den ländlichen Regionen lag zum Teil beträchtlich unterhalb des Durchschnitts der übrigen Regionen (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996, S. 21ff.).

4.1.2.2 Projektion über die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen in Ostmitteleuropa

Auf Basis der bisherigen Ergebnisse lassen sich keine eindeutigen Aussagen über die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen der ostmitteleuropäischen Länder nach einem Beitritt zur Europäischen Union treffen. Für die Entscheidung eines potentiellen Emigranten werden aber die oben dargestellten Ergebnisse von geringer Bedeutung sein, wenn schon im Vorfeld eines Beitritts eine rasche Angleichung der Löhne und Einkommen an das Niveau in der Europäischen Union erfolgen wird. Denn in diesem Fall würde ein wesentlicher Grund für die Abwanderung, nämlich die Einkommensdifferenz zwischen dem Ziel- und dem Herkunftsland, wegfallen bzw. in der Bedeutung sinken. Wenn sich aber in den Jahren bis zum Beitritt die Einkommen in den beitriftswilligen Ländern nicht entsprechend den individuellen Erwartungen positiv entwickeln, dann ist mit einer zunehmenden Migration zu rechnen, da ein potenti-

eller Emigrant in der Abwanderung die Möglichkeit sehen wird, die mit einem Beitritt von den Regierungen in den ostmitteleuropäischen Staaten erhofften Vorteile einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union unmittelbar zu realisieren.

Im folgenden soll eine Projektion über die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens in den drei untersuchten Staaten relativ zu der in Deutschland dargestellt werden. Deutschland wird als Referenzland für die Europäische Union herangezogen, da es für die Emigranten aus den drei Ländern das wichtigste Zielland darstellt.

Ausgangspunkt der Projektion bildet das Jahr 1994. In diesem Jahr realisierten die Tschechische Republik und Ungarn erstmalig nach dem Systemumbruch positive Wachstumsraten bezüglich des Bruttoinlandsproduktes.²⁸ Als Termin für einen möglichen Beitritt für die drei Länder wurde das Jahr 2005 angenommen.²⁹ Für die Projektion wurde zwischen zwei möglichen Szenarien unterschieden: Szenario 1 stellt mit einer Differenz der Wachstumsraten von 3%-Punkten eine aus Sicht der ostmitteleuropäischen Länder optimistische Variante dar, während eine pessimistischere Version bezüglich der Wachstumsraten von einer durchschnittlichen Differenz von 1,4%-Punkten zwischen den drei Staaten und Deutschland ausgeht (Szenario 2).

Tabelle 2: Annahmen über die Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen

	1996	1997	Szenario 1	Szenario 2	
			1998-2005	1998-2000	2001-2005
Deutschland	1,5%	2,5%	2% p.a.	2,8% p.a.	2,6% p.a.
Polen	5,5%	5,0%	5% p.a.	4,7% p.a.	3,6% p.a.
Tschechische Republik	4,5%	4,5%	5% p.a.	4,6% p.a.	4,5% p.a.
Ungarn	1,0%	2,0%	5% p.a.	3,5% p.a.	3,7% p.a.

Quellen: 1996-97: ARBEITSGEMEINSCHAFT DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNGSINSTITUTE (1996); Szenario 1: EUROPEAN COMMISSION (1995a), bis zum Jahr 2005 fortgeschrieben, Szenario 2: ERS (1996).

Tabelle 3: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens

	1994	Szenario 1		Szenario 2	
		2005	2005/1994	2005	2005/1994
Deutschland	19.018	23.623		25.000	
Polen	4.903	8.504		7.914	
Tschechische Republik	8.616	14.429		14.048	
Ungarn	6.081	9.306		8.654	
Deutschland ./ Poln	14.115	15.119	+ 7,1%	17.086	+ 21,0%
Deutschland ./ Tschechische Republik	10.402	9.194	- 11,6%	10.952	+ 5,3%
Deutschland ./ Ungarn	12.937	14.317	+ 10,7%	16.346	+ 26,4%

Anm.: In US-Dollar; eigene Berechnungen auf Basis der in Tabelle 2 dargestellten Annahmen; das Einkommen ist in Kaufkraftparitäten des Jahres 1993 berechnet worden.

Quelle: EUROPEAN DIALOGUE (1996).

Betrachtet man Szenario 1, so nimmt die Einkommensdifferenz zwischen Deutschland und Ungarn bzw. Polen und Deutschland um 10,7% bzw. 7,1% zu, während im Fall der Tschechi-

²⁸ Polen weist schon seit 1992 eine positive Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf. Um aber die Ergebnisse besser vergleichen zu können, wurde ein für alle drei Länder identisches Basisjahr verwendet.

²⁹ In der aktuellen Diskussion wird für die drei Länder als frühester möglicher Termin für einen Beitritt das Jahr 2003 genannt, der aber davon abhängig gemacht wird, daß die Beitrittsverhandlungen im Herbst 1997 begonnen werden (N.N. 1997b).

schen Republik diese mit 11,6% relativ stark abnimmt. Bei Berücksichtigung der für die ostmitteleuropäischen Länder ungünstigeren Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens (Szenario 2) wächst die Einkommensdifferenz zwischen Deutschland und Ungarn bzw. Polen noch stärker: 26,4% bzw. 21,0%. In dieser Variante nimmt die Einkommensdifferenz zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik ebenfalls um 5,3% zu.

Während für Ungarn und Polen unabhängig vom unterstellten Szenario in den nächsten Jahren eine zunehmende Einkommensdivergenz relativ zu Deutschland erwartet werden muß, gilt dies für die Tschechische Republik nur bei dem pessimistischeren Szenario 2. Berücksichtigt man die mit der Liberalisierung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen verbundene Hoffnung einer raschen Angleichung der Einkommen in den ostmitteleuropäischen Staaten an das deutsche Niveau, dann sind diese Ergebnisse sicherlich enttäuschend für die Betroffenen, insbesondere in Polen und Ungarn und bedeuten einen zunehmenden Migrationsanreiz.

Hinzu kommt, daß, wenn man die Projektion um fünf Jahre bis zum Jahr 2010 fortschreibt, ebenfalls mit keiner absoluten Konvergenz der Einkommen zwischen Ungarn bzw. Polen und Deutschland zu rechnen ist (s. Tabelle 4). Im Fall der pessimistischeren Variante nimmt die Einkommensdifferenz für beide Länder noch weiter deutlich zu.

Tabelle 4: Entwicklung der absoluten Einkommensdifferenz von 1994 bis 2010

	Szenario 1	Szenario 2
Deutschland ./. Polen	+ 7,9%	+ 34,5%
Deutschland ./. Tschechische Republik	- 26,3%	+ 4,9%
Deutschland ./. Ungarn	+ 9,8%	+ 39,5%

Anm.: Eigene Berechnungen auf Basis der in Tabelle 2 dargestellten Annahmen. Hierbei wurden die dort genannten Daten bis zum Jahr 2010 fortgeschrieben.

Die bisher gezeigten Ergebnisse sagen noch nichts über die Situation im ländlichen Raum in Ostmitteleuropa aus. Aus den in Tabelle 5 dargestellten Daten läßt sich jedoch schlußfolgern, daß die Einkommen im ländlichen Raum zum Teil erheblich unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittseinkommen liegen. Dies wird sich auch unter Beachtung der Probleme und Zukunftsaussichten in diesen Ländern, insbesondere in der Landwirtschaft, in den nächsten Jahren nicht ändern (EUROPEAN COMMISSION 1995 a, b, c).

Tabelle 5: Durchschnittliche monatliche Bruttolöhne in Ostmitteleuropa, 1994

	Polen	Tschechische Rep.	Ungarn
(1) in der Landwirtschaft¹⁾	429 Zl. ²⁾	5.840 Kc.	24.609 Ft. ³⁾
(2) in der Gesamtwirtschaft	525 Zl.	6.896 Kc.	33.309 Ft.
(3) (1)/(2)	81,2%	84,7%	73,9%

Anm.: Die Löhne werden hier als Referenzgröße für das Einkommen genommen.

1) Da die Landwirtschaft den in den ländlichen Räumen dominierenden Sektor bildet, wurde der in diesem Sektor ausgezahlte Lohnsatz als Referenzgröße für das dort erzielte Einkommen verwendet.

2) Neue polnische Zloty; durchschnittlicher Lohnsatz in ländlichen Regionen; eigene Berechnung.

3) Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei.

Quellen: Polen: GUS (1995); Tschechische Republik: CNB (1996); Ungarn: CSO (1996).

Die Ergebnisse lassen zumindest für Ungarn und Polen eine Zunahme der Abwanderung in die Europäische Union nach einem Beitritt erwarten. Zum einen führt ein Beitritt nicht zwingend zu einer raschen Konvergenz der Einkommen, wenn man die Erfahrungen der Europäischen Union zugrundelegt. Zum anderen verbessern sich die Migrationsbedingungen durch Freizügigkeit.

4.1.3 Erfahrungen mit der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union

Betrachtet man die gesamte Europäische Union, dann scheinen die auf dem HOS-Modell basierenden Aussagen zuzutreffen, die besagen, daß ein Zutritt zu einem gemeinsamen Markt mit Freizügigkeit zu keiner Zunahme der Wanderungsbewegungen führt. Innerhalb der sechs Gründungsmitglieder wanderten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre in etwa eine halbe Million Menschen jährlich aus ihren Heimatländern in ein anderes Mitgliedsland. Bis zum Jahr 1968 nahm die Zahl der Migranten auf gut 800.000 zu. Trotz der Einführung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer im Jahr 1967 verharrten die jährlichen Wanderungsströme bis Anfang der 80er Jahre auf diesem Niveau. Seitdem ist die Zahl auf 650.000 gesunken. Da seit Gründung der Europäischen Union im Jahre 1957 der Handel zwischen den Mitgliedsstaaten zunahm (JOVANOVIĆ 1992, S. 96), impliziert diese Entwicklung eine substitutive Beziehung zwischen Handel und Arbeit, analog zu den Aussagen des HOS-Modells und im Widerspruch zu denen der Integrationstheorie.

Ein sehr unterschiedliches Bild für die Wanderungsbewegungen in der Europäischen Union ergibt sich, wenn man die typischen Emigrations- und Immigrationsländer betrachtet. Im folgenden werden beispielhaft die Wanderungsbewegungen zwischen Italien, Griechenland und Portugal sowie Deutschland als Zielland untersucht.³⁰ Als Zuwanderungsland wurde aufgrund der Verfügbarkeit der statistischen Daten Deutschland gewählt, obwohl es im Fall von Portugal nach Frankreich nur das zweitwichtigste Zielland darstellt. Die vorliegenden Daten differenzieren die Migrationsströme nicht nach ihrer regionalen Herkunft. Einzelne Studien bestätigen jedoch, daß Emigranten aus dem ländlichen Raum einen nennenswerten Anteil an der gesamten Abwanderung besitzen (SALT und CLOUT 1976, S. 131f.). So betrug z.B. der Anteil griechischer Landwirte an den Emigranten in den 60er und 70er Jahren in etwa 37% (KATSELI und GLYTSOS 1989).³¹

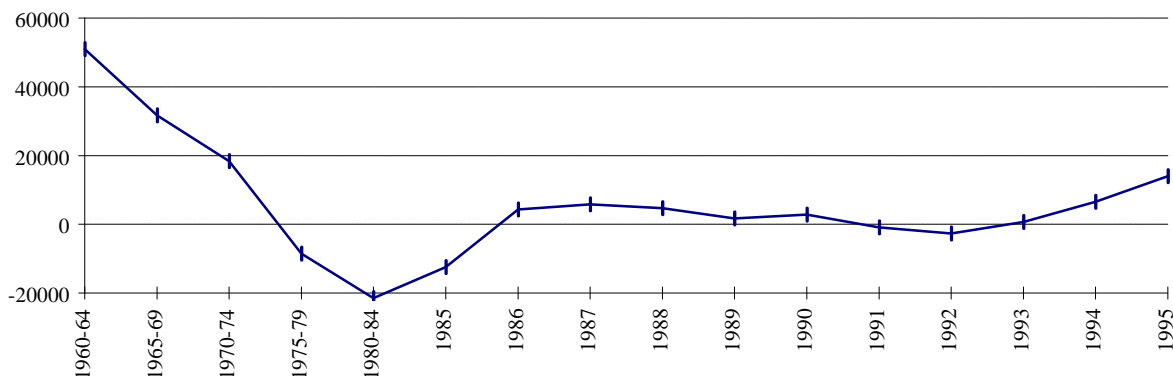
Die für die Betrachtung der Wanderungsströme zwischen Italien und Deutschland relevanten Jahre sind 1968 und 1993: Im Jahre 1968 wurde, 10 Jahre nach Gründung der Europäischen Union und dem Beginn der Liberalisierung des Warenhandels, die Freizügigkeit für abhängig Beschäftigte eingeführt (KOENIG und PECHSTEIN 1995, S. 174f.). Die vollständige Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union wurde im Jahr 1993 eingeführt. Während trotz der ersten Liberalisierung im Jahre 1968 die Abwanderung aus Italien weiterhin netto abnahm, steigt sie seit 1993 wieder, wenn auch gegenüber den 60er Jahren auf einem erheblich niedrigeren Niveau (s. Abbildung 3).

Das Bild, das sich aus der Entwicklung der Wanderungsbewegungen ergibt, ist schwer zu bewerten. Denn inwieweit die Liberalisierung des EU-Arbeitsmarktes 1968 zu einer Reduzierung der Wanderungsbewegung geführt hat, ist nicht eindeutig belegbar. In den 60er Jahren wurden ausländische Arbeiter massiv angeworben. Das deutsche Arbeitsamt richtete in Süditalien Zweigstellen zur Akquirierung von Arbeitskräften ein (ZIMMERMANN 1995, S. 47). Mit dem Beginn der Wirtschaftskrise in Deutschland im Jahr 1967 erfolgte dann ein Anwerbestopp, der die Attraktivität der Zuwanderung drastisch verschlechterte.

³⁰ Auf eine Diskussion der Migrationsströme zwischen Spanien und Deutschland wurde verzichtet, da seit Anfang der 70er Jahre netto Spanier aus Deutschland abwandern.

³¹ Neuere Daten liegen nicht vor.

Abbildung 3: Durchschnittliche jährliche Abwanderung aus Italien nach Deutschland (netto), 1960-1995

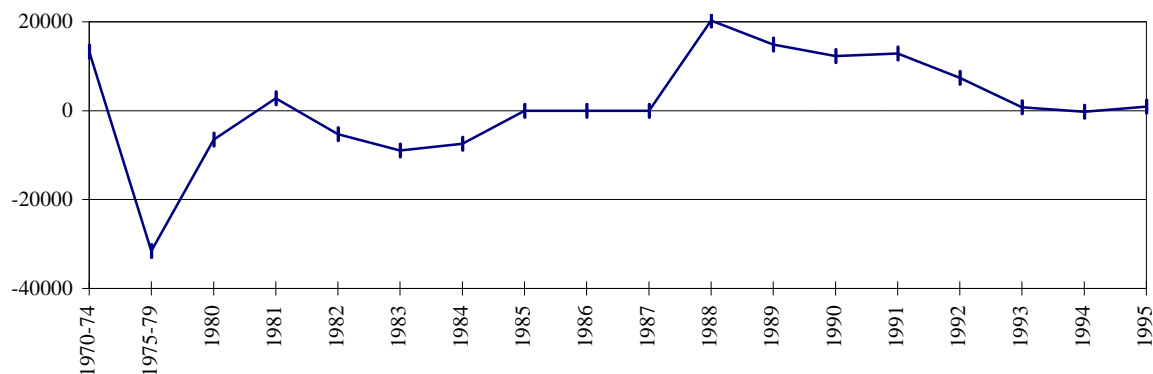


Anm.: Erfasst wird nur die Wanderung von Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen den beiden Ländern.

Quellen: KUJSTEN (1994); STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, verschiedene Jahrgänge.

Griechenland trat schon 1981 der Europäischen Union bei, aber erst 1987 wurden die Beschränkungen für griechische Arbeitnehmer aufgehoben (WERNER 1990, S. 77f.). Eine vollständige Beseitigung der Arbeitsmarktzutrittschranken zwischen den Mitgliedsländern erfolgte erst 1993. Während man für das Jahr 1987 keine Änderung im Wanderungsverhalten feststellen kann, zeigte sich in dem folgenden Jahr eine drastische Zunahme der Emigranten aus Griechenland. Dahingegen scheint die Einführung des Binnenmarktes 1993 keinen Einfluß auf das Wanderungsverhalten ausgeübt zu haben (s. Abbildung 4).

Abbildung 4: Durchschnittliche jährliche Abwanderung aus Griechenland nach Deutschland (netto), 1970-1995

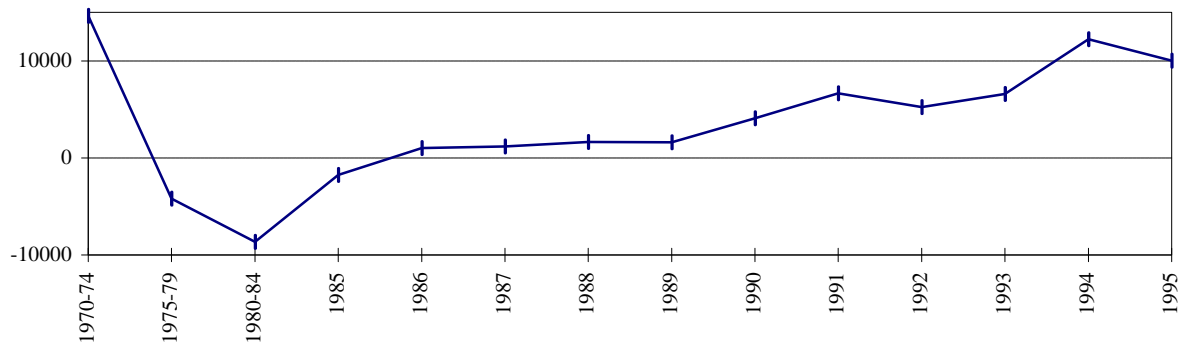


Anm.: Erfasst wird nur die Wanderung von Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen den beiden Ländern.

Quelle: STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, verschiedene Jahrgänge.

Portugal trat 1986 der Europäischen Union bei. Der Beitritt war zunächst mit einer beschränkten Freizügigkeit für portugiesische Arbeitnehmer verbunden. Die vollständige Freizügigkeit erfolgte mit der Etablierung des Binnenmarktes 1993. Das Wanderungsverhalten erfuhr in beiden Jahren nennenswerte Änderungen: im Jahr 1986 emigrierten netto erstmalig nach 10 Jahren Portugiesen nach Deutschland. 1993/94 nahm die Zuwanderung erheblich zu: von 1992 bis 1994 verdoppelte sich die Anzahl der portugiesischen Immigranten in Deutschland (s. Abbildung 5).

Abbildung 5: Durchschnittliche jährliche Abwanderung aus Portugal nach Deutschland (netto), 1970-1995



Anm.: Erfasst wird nur die Wanderung von Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen den beiden Ländern.

Quellen: KULISTEN (1994), STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, versch. Jahrgänge.

Aus den obigen Ergebnissen läßt sich schlußfolgern, daß Freizügigkeit Auswirkungen auf die Migration haben kann, aber andere Faktoren, wie zum Beispiel im Fall Italiens die Verhängung eines Anwerbstopps des wichtigsten Ziellandes, die Wirkungen von Freizügigkeit konterkarieren können.

4.2 Projektion über die zukünftig zu erwartenden Emigrationsströme

4.2.1 Darstellung der Projektion

Wie groß wird der Umfang der Emigration aus Ungarn und Polen im Falle eines Beitritts zur Europäischen Union sein? Ausgangspunkt für die Abschätzung des Migrationsvolumens bildet eine Studie von BARRO und SALA-I-MARTIN (1995) über die Binnenwanderungsbewegungen in den bezüglich der Bevölkerung fünf größten Staaten Westeuropas - Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Spanien - im Zeitraum 1950 bis 1990. Auf Basis von Paneldaten kamen sie zu dem Ergebnis, daß, wenn das Pro-Kopf-Einkommen in einer Region 10% unterhalb des durchschnittlichen Einkommens liegt, ca. 0,064% der Bevölkerung aus dieser Region in eine andere Region des Heimatlandes abwandern werden. Da nun Wanderungen über Ländergrenzen hinweg mit höheren Migrationskosten z.B. bedingt durch Transportkosten sowie einer größeren Heterogenität der Kulturen verbunden sind, wird die Elastizität zur Bestimmung des zu erwartenden Migrationsvolumens einen eher geringeren Wert haben (siehe auch EICHENGREEN 1994, S. 17). Unterstellt man einen Wert für die Elastizität von 0,04%³² und berücksichtigt, daß nach unserer Projektion im Jahr 2005 das Pro-Kopf-Einkommen von Ungarn ca. 40% und von Polen ca. 36% des deutschen betragen wird, dann würden in den Jahren nach dem Beitritt dieser Länder der Anteil der Emigranten an der ungarischen Bevölkerung ca. 0,38% und an der polnischen 0,41% betragen. Dies würde gegenüber der derzeitigen ungarischen Migrationsquote von 0,07% und der polnischen von 0,04% eine erhebliche Steigerung bedeuten.³³

³² Es wurde damit angenommen, daß das Verhältnis zwischen der Migrationsquote für Emigration und der für Binnenwanderung (hier: Wanderung zwischen Bundesländern) 0,6 beträgt. Diese Annahme stützt sich auf Angaben zu Wanderungsbewegungen in und aus Deutschland in den Jahren seit 1988 (eigene Berechnungen basierend auf dem STATISTISCHEN JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, versch. Jahrgänge).

³³ Als aktuelle Wanderungsrate wurde die durchschnittliche Nettoabwanderung relativ zur Bevölkerung Ungarns bzw. Polens in den Jahren 1991 bis 1993 herangezogen. Die Daten basieren auf einer UN-Schätzung

4.2.2 Anmerkungen zur Projektion

Die hier vorgenommene Projektion stellt einen Ansatz für die Abschätzung des Niveaus der zu erwartenden Emigration dar. Zum einen unterstellt sie für beide Länder die durchschnittliche Migrationsneigung der fünf bevölkerungsreichsten EU-Länder. Zum anderen wurden mehrere Faktoren nicht berücksichtigt, die das Verhalten der potentiellen Emigranten aus dem ländlichen Raum beeinflussen könnten, wie z.B. die EU-Regional- und Agrarpolitik sowie die ökonomischen Bedingungen im Zielland.³⁴

4.2.2.1 Die EU-Regionalpolitik

Das Ziel der EU-Regionalpolitik ist die Verminderung der Disparitäten bezüglich des Lebensstandards der Regionen innerhalb der Europäischen Union (SPIEKERMANN 1995, S. 246). Hierfür stehen der Europäischen Union derzeit durchschnittlich 26 Mrd. ECU pro Jahr (in Preisen des Jahres 1992) zur Verfügung (SPIEKERMANN 1995, S. 248). Einen besonderen geographischen Schwerpunkt bilden die vier sog. Kohäsionsländer, Spanien, Portugal, Griechenland und Irland.

Die Erwartungen an die Regionalpolitik sind nach Ansicht der EU-Kommission zumindest auf der Länderebene der vier Kohäsionsstaaten erfüllt worden. So schätzt die EU-Kommission für die Periode 1989 bis 1993 ein durch die Strukturfonds induziertes zusätzliches Wirtschaftswachstum in den Kohäsionsländern von 0,5% p.a. (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996, S. 10). Innerhalb der südlichen Kohäsionsländer ist jedoch, worauf bereits hingewiesen wurde, eine zunehmende Einkommensdisparität zulasten des ländlichen Raums festzustellen.

Weiterhin ist es unwahrscheinlich, daß die Regionalpolitik bei einem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder in der bisherigen Form und Umfang weitergeführt bzw. entsprechend den Bedürfnissen der Beitrittsländer auf diese ausgedehnt wird, die nach den heute gültigen Regeln prinzipiell zu den Fördergebieten gehören würden. Würde man die „Pro-Kopf-Förderung“ bei einem Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik konstant halten, dann müßte das Volumen der Strukturfonds auf 36 Mrd. ECU p.a. erhöht werden.³⁵

4.2.2.2 Die EU-Agrarpolitik

Ziel der EU-Agrarpolitik ist nicht primär die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum, sondern die Partizipierung der Landwirte an der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung. Dennoch bewirken die Transferleistungen an die Landwirtschaft regional relevante Effekte. Man kann festhalten, daß die ärmeren Regionen in der EU, die alle ländlich strukturiert sind, netto Transferleistungen erhalten. Weil aber die Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe mit deren Produktionskapazität verbunden ist, profitieren von

(UN/ECE 1995, S. 230). Betrachtet man die Wanderungsbewegungen zwischen Ungarn bzw. Polen und Deutschland, dann beträgt die durchschnittliche Emigrationsquote für die Jahre 1991 bis 1995 für Ungarn 0,03% und für Polen 0,04%.

³⁴ Hinzu kommt, daß das in der Schattenwirtschaft erwirtschaftete Einkommen nicht in das Bruttosozialprodukt eingeht. Nach einer Untersuchung von 1992 betrug der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttosozialprodukt in Ungarn 15% (ANDORKA und SPÉDER. 1995, S. 658). Somit wird die Disparität der Einkommen zwischen Ungarn und Deutschland offiziell zu hoch ausgewiesen. Für die anderen Staaten wird vermutlich dasselbe gelten.

³⁵ Bei der Bestimmung der aktuellen Pro-Kopf-Förderung durch die Strukturpolitik wurde zugrundegelegt, daß derzeit ca. 46% der EU-Bevölkerung in den geförderten Regionen leben (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996, S. 90f.) Weiterhin wurde angenommen, daß die beitretenden Staaten vollständig in den Genuß der Fördermittel kommen.

den Transferleistungen größere Agrarbetriebe stärker als kleinere.³⁶ Dementsprechend gewinnen durch die Agrarpolitik Regionen mit einem hohen Anteil an Großbetrieben überproportional gegenüber solchen mit einem geringen Anteil an Großbetrieben. Der Übergang von Preisstützungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Produkte zu einer verstärkten direkten Einkommensstützung der Landwirte hat den positiven Effekt der Gemeinsamen Agrarpolitik auf den regionalen Zusammenhalt innerhalb der südlichen Kohäsionsländern mit Ausnahme Italiens verbessert (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996, S. 63). Von einer Beibehaltung der gegenwärtigen Gemeinsamen Agrarpolitik würden demnach besonders diejenigen Regionen in den ostmitteleuropäischen Staaten gewinnen, in denen Großbetriebe vorherrschen.

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion ist man sich jedoch einig, daß die u.a. durch die Uruguay-Runde initiierte Reform der EU-Agrarpolitik noch weitergeführt werden muß. Auch wenn die genaue Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik zum Zeitpunkt des Beitritts heute noch nicht absehbar ist, so könnte sich allein die Existenz der Gemeinsamen Agrarpolitik indirekt positiv auf die Einkommen der im ländlichen Raum lebenden Menschen auswirken. Das erklärte Ziel einiger Regierungen, aber auch der EU-Kommission, ist es, eine schockartige Angleichung der Preise für Nahrungsmittel bei einem Beitritt an das Preisniveau in der Europäischen Union zu verhindern. Daher bemüht man sich in den ostmitteleuropäischen Staaten um eine Anhebung der Nahrungsmittelpreise schon im Vorfeld eines Beitritts. Dieser Anstieg würde bei gegebenen Preisen für Inputgüter und gegebenen Löhnen zu einer Verbesserung der Gewinnsituation in den landwirtschaftlichen Betrieben führen, was sich auch positiv auf die Einkommen der in den ländlichen Regionen lebenden Menschen auswirken könnte. Ob dieser Effekt tatsächlich auftreten wird, hängt aber letztlich von der Entwicklung der Inputpreise und Löhne ab, so daß der Gesamteffekt ungewiß ist.

4.2.2.3 Die ökonomischen Bedingungen im Zielland

Die Migrationsentscheidung wird entscheidend von den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt im Zielland beeinflusst.³⁷ Hierbei spielt neben dem Nachfragevolumen durch private und öffentliche Unternehmen auch die nachgefragte Qualität des Humankapitals eine Rolle. Innerhalb der Europäischen Union hat in den letzten 40 Jahren diesbezüglich ein Strukturwandel stattgefunden. Während in den 60er und teilweise in den 70er Jahren ein große Nachfrage speziell nach unqualifizierten Arbeitern für die Industrie bestand, ist seit Mitte der 70er Jahre die Anforderung an die Ausbildung in fast allen Branchen gestiegen, während gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeit insgesamt gesunken ist (WERNER 1990, S. 78f.). Es ist zu erwarten, daß dieser Trend innerhalb der Europäischen Union weiter bestehen bleibt, da die komparativen Vorteile der europäischen Industriestaaten in der Herstellung von Hochtechnologieprodukten liegen. Der Trend nach gestiegenen Anforderungen an die Ausbildung läßt sich beispielsweise anhand des Ausbildungsmerkmals „Sprachkenntnisse“ verdeutlichen. Während in den 60er Jahren die Kenntnis der Sprache des Ziellandes bei der Akquirierung ausländischer Arbeiter keine Rolle spielte, gilt sie heute im allgemeinen als Voraussetzung, um eine Tätigkeit im Zielland aufnehmen zu können (GRECIC 1993, S. 145f.). Diese Entwicklung limitiert die Möglichkeiten der potentiellen Emigranten, führt aber gleichzeitig dazu, daß vermehrt die besser Qualifizierten abwandern.

³⁶ Seit der MacSharry-Reform 1992 bestehen zum Teil Obergrenzen für direkte Beihilfen, so daß die Begünstigung der großen landwirtschaftlichen Betriebe durch die EU-Agrarpolitik gegenüber der Zeit vor den Reformen geringer ausfällt (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996, S. 63).

³⁷ Siehe hierzu die Kontroverse über die Gültigkeit der HARRIS-TODARO-Annahme in FAINI und VENTURINI (1993).

Die Nachfragebedingungen im Zielland bilden, wie oben dargelegt wurde, nur einen, und vielfach nicht einmal den ausschlaggebenden Aspekt einer Entscheidung eines Emigranten. Da die Markttransparenz auf dem Arbeitsmarkt i.d.R. unvollständig ist, fehlen einem potentiellen Migranten die detaillierten Kenntnisse über die Beschäftigungschancen und Einkommenszielungsmöglichkeiten im Zielland. Vielfach vorhandene private Kontakte und Verwandtschaftsbeziehungen von Emigranten im Einwanderungsland können mangelnde Markttransparenz, unvollständige Informationen sowie ungünstige ökonomische Bedingungen im Zielland kompensieren (HELMENSTEIN und YEGOROV 1993).³⁸ Eine Abwanderung erfolgt auch aufgrund der häufig vorhandenen Bereitschaft von Emigranten, eine unterqualifizierte Tätigkeit aufzunehmen (RHODE 1993, S. 235).

5 KONSEQUENZEN FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß der typische Emigrant jung und im Vergleich zu den in der Heimatregion Verbliebenen risikofreudiger und besser ausgebildet ist.³⁹ Dieses spezifische Profil wird sich auf die Entwicklungsmöglichkeiten einer ländlichen Region auswirken, wobei aber zumindest die längerfristige Wirkungsrichtung, die den Schwerpunkt der weiteren Ausführungen bildet, nicht eindeutig ist.

Die Diskussion der möglichen Konsequenzen einer Emigration für den ländlichen Raum baut auf den Erfahrungen mit der Abwanderung in den ländlichen Regionen in Westeuropa auf. Da es in dieser Arbeit mehr um eine allgemeine Darstellung der möglichen Folgen geht, wird auf einzelne Regionen nicht eingegangen. Bei der Analyse ist die geographische Lage einer Region zur Europäischen Union zu beachten. In ländlichen Regionen nahe zu urbanen Zentren in der Europäischen Union, z.B. Wien, Nürnberg oder Berlin, wird die Neigung, längerfristig zu emigrieren, geringer sein als in weiter entfernt liegenden Regionen. Zum einen besteht für die Bewohner von Grenzregionen die Möglichkeit, als Grenzgänger zu arbeiten. Zum anderen verfügen solche Regionen allein aufgrund der Nähe zur Europäischen Union über einen besseren Marktzugang zu den „wohlhabenderen“ Absatzmärkten in der Europäischen Union.

5.1 Soziale und politische Konsequenzen

Bei Abwanderung aus dem ländlichen Raum drohen besonders dünn und stark zersplittert besiedelte Räume demographisch „auszubluten“ und durch Entleerungs- bis hin zu Wüstungserscheinungen siedlungsstrukturell so geschwächt zu werden, daß sich für die zurückbleibende Bevölkerung die Lebensbedingungen weiter verschlechtern. Überalterung, als Folge der Emigration junger Menschen (CLOUT 1976, S. 45; WHITE 1980, S. 212-217), sinkende Fertilität (KING 1993, S. 27f.)⁴⁰ und die weitere Ausdünnung bereits spärlich besiedelter Regionen fördern eine Zentralisierung infrastruktureller Einrichtungen mit der Konsequenz erschwelter Erreichbarkeit bei gleichzeitiger Verminderung der Qualität der lokalen Verwaltung im Vergleich zu der in urbanen Regionen und damit sinkender Versorgungsqualität mit Gütern und Dienstleistungen (IRS 1995, S. 20f.). Die abnehmende Qualität der lokalen Verwaltung ergibt

³⁸ Die durch private Kontakte und verwandtschaftlichen Beziehungen induzierte Abwanderung wird in der Literatur Kettenmigration genannt (HELMENSTEIN und YEGOROV 1993).

³⁹ In der Literatur spricht man in diesem Zusammenhang häufig auch von einem „brain drain“ (LUCAS 1994, S. 207), wobei die Definition für diesen Begriff nicht eindeutig ist. Ursprünglich bezeichnete man mit „brain drain“ die Abwanderung von hoch qualifizierten Wissenschaftlern und Technikern. In der neueren Literatur versteht man unter diesem Begriff ganz allgemein den Abfluß von Humankapital (RHODE 1993, S. 229f.).

⁴⁰ Diesen Zusammenhang zwischen Abwanderung und Fertilität hat man überwiegend in westeuropäischen Regionen feststellen können. In verschiedenen ländlichen Regionen in der Türkei und Marokko besteht bei Zugrundelegung der vorhandenen Studien der beschriebene Zusammenhang nicht (KING 1993, S. 27f.).

sich aus der Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitern, aber auch aus dem Rückgang des zur Akquirierung neuer Mitarbeiter benötigten Potentials vergleichsweise besser Ausgebildeter (WHITE 1980, S. 217f.). In einem sich selbst verstärkenden Prozeß wird so weitere Abwanderung stimuliert, die zudem eine Auflösung der für ländliche Räume typischen sozialen Netze in Gang setzt (IRS 1995, S. 20f.).

Dieser Prozeß erleichtert den traditionellen Eliten in einer Region die Konservierung ihrer politischen und gesellschaftlichen Macht. Infolge der Abwanderung junger, relativ zu den älteren im allgemeinen reform- und risikofreudigerer Personen, vermindert sich der Druck auf die Eliten, Reformen durchzuführen (KING 1993, S. 28).

5.2 Ökonomische Konsequenzen

Die Abwanderung von überdurchschnittlich Ausgebildeten im produktiven Alter wirkt sich unmittelbar auf die in der Region befindlichen Unternehmen aus. Eine Reduzierung des Humankapitalbestandes in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, Handwerks- und Industrieunternehmen, die mit einer verminderten Qualität des Managements (MUNDENDE, S. 186), aber auch mit einer verringerten Güte der Produktion z.B. in Form eines erhöhten Ausschusses einhergehen kann, impliziert langfristig eine verminderte Partizipierung am qualitäts- und produktivitätswirksamen technischen Fortschritt. Dies gilt im Hinblick auf die Implementierung neuer Erkenntnisse in den Betriebsablauf aber auch im Hinblick auf deren Weiterentwicklung. Die Folge wird eine im Verhältnis zu ausländischen Unternehmen reduzierte Produktqualität bei einer relativ geringeren Produktivität sein, was wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vermindert. Unter sonst gleichen Bedingungen bedeutet diese Entwicklung eine Verschlechterung der Wachstumschancen für eine ländliche Region. Da eine wachsende Wirtschaft eine „kritische“ Menge an Humankapital voraussetzt, kann diese Entwicklung langfristig im Extremfall zu einem anhaltenden Rückgang der regionalen Wertschöpfung führen (BEIJER 1967; AZARIADIS und DRAZEN 1990; HAQUE und KIM 1995).

Die Reduzierung des Humankapitals in Verbindung mit der Entleerung des ländlichen Raums verringert die Attraktivität von Investitionen sowohl für in der Region produzierenden Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe als auch für Unternehmen des Industrie- und Dienstleistungssektors, die außerhalb der Region tätig sind. Einerseits verschlechtern sich durch die verminderte Qualität und Quantität des Arbeitskräftepotentials die angebotsseitigen Produktionsbedingungen. Andererseits sinkt durch die Abwanderung die regionale Kaufkraft, so daß das potentielle Nachfragevolumen auch für in der Region produzierte Güter sinkt.

Der Rückgang der Qualität der lokalen Verwaltung in Verbindung mit der Verminderung der Steuereinnahmen als Folge der Abwanderung wird Kommunen zu einer Reduktion des Angebots an öffentlichen Gütern in der Region zwingen - sofern dies nicht durch Kreditaufnahme bzw. größere Verschuldung oder übergeordnete Zuweisungen ausgeglichen wird (CLOUT 1976, S. 46; WHITE 1980, S. 217-219). Die Verringerung der Steuereinnahmen erfolgt auf zwei Wegen: Zum einen vermindert Abwanderung die Zahl der Steuerpflichtigen einer Region, was für Gemeinden eine Reduzierung der Steuerbasis lokaler Steuern und des Anteils an Gemeinschaftssteuern bedeutet, zum anderen sind Zuweisungen von übergeordneten Behörden im allgemeinen von der Bevölkerungsgröße einer Region abhängig und sinken dementsprechend, wenn sich die Bevölkerung verringert. Von der Einschränkung des Angebots öffentlicher Güter ist im allgemeinen sowohl die die Lebensbedingungen beeinflussende soziale Infrastruktur, aber auch die für Unternehmen und Betriebe wichtige technische Infrastruktur (z.B. Straßenbau) betroffen. Ersteres wird die Abwanderung aus dem ländlichen Raum fördern; letzteres reduziert zusätzlich die Produktivität der in der Region tätigen Unternehmen. Beide Konsequenzen verringern das Wachstumspotential der Region. Zudem beeinflußt das

Angebot an öffentlichen Gütern die Bereitschaft der Unternehmen, in einer Region zu investieren.

Die Abwanderung von Landbesitzern wird, wenn man die Erfahrungen in den westlichen Ländern berücksichtigt, einen Strukturwandel im Agrarsektor nicht in Gang setzen oder beschleunigen. Ein Strukturwandel wäre besonders für Polen von Interesse, da dort bei einer stark zersplitterten Betriebsstruktur kleine Familienbetriebe den Agrarsektor dominieren, die überwiegend eine geringe Produktivität aufweisen (WORLD BANK 1996, S. 13). Dahingegen haben in Ungarn und in der Tschechischen Republik infolge der dort durchgeführten Privatisierungsverfahren die meisten Landbesitzer ihren Boden verpachtet. Legt man die Erfahrungen in Westeuropa zugrunde, so weisen Migranten häufig nur eine geringe Neigung auf, ihren Landbesitz zu verpachten oder gar zu verkaufen. Die Ursachen sind vielfältig: Psychologische Gründe, z.B. der Wunsch, bei Mißerfolg im Zielland jederzeit auf das Land zurückkehren zu können, spielen hierbei eine Rolle (KING 1993, S. 28). Ein weiterer Grund kann ein fehlender oder, was im Falle eines Beitritts zur Europäischen Union relevanter sein wird, ein noch nicht funktionierender Bodenmarkt sein. Dieser kann die Folge des fehlenden Vertrauens in ein erst relativ neu, d.h. nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems, etabliertes Rechtssystem sein.

Die Abwanderung von vergleichsweise gut ausgebildeten jungen Menschen kann sich jedoch auch positiv auf die Wachstumsmöglichkeiten des ländlichen Raums auswirken. Kennzeichnend für Emigranten ist es nämlich, daß sie einen Teil ihres Einkommens an die im Heimatland verbliebene Familie überweisen (LUCAS 1994, S. 209ff.) bzw. nach einer Rückkehr im Heimatland investieren. Für das frühere Jugoslawien erreichten diese Rücküberweisungen beispielsweise ein Ausmaß von mehr als 46% der Exporterlöse des Landes (LUCAS 1994, S. 212).

Wird das mit Hilfe der Überweisungen gestiegene Einkommen zum Kauf von in der Heimatregion produzierten Gütern verwendet, so ergibt sich zumindest kurzfristig ein Wachstumsschub. Ob die privaten Transferleistungen zu einem langfristig andauernden Wirtschaftswachstum beitragen, hängt davon ab, ob die Überweisungen zu investiven Zwecken verwendet werden. Die zu diesem Aspekt in der Literatur dargestellten Studien kommen zu keinem eindeutigen Ergebnis. In vielen untersuchten Regionen konnte mit Hilfe der Überweisungen überwiegend kein selbsttragendes Wirtschaftswachstum initiiert werden (MUNDENDE, S. 187f., siehe auch TURNHAM 1994, S. 219). Man muß jedoch anmerken, daß die Studien sich auf die Situation in Entwicklungsländern stützen. Analysen für Europa liegen unseres Wissens bisher nicht vor, weshalb man auch keine Schlußfolgerungen für die ostmitteleuropäischen Staaten ziehen kann.

Den aus Sicht der Empfänger positiven Einkommenseffekten von Transferleistungen stehen jedoch Wechselkurseffekte gegenüber, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter von inländischen Gütern negativ beeinflussen können. Die Überweisungen aus dem Ausland führen zu einer Aufwertung bzw. vermindern eine bestehende Abwertungstendenz. Hierdurch nimmt der Preisvorteil inländischer Anbieter sowohl auf dem Export- als auch auf dem Binnenmarkt für importkonkurrierende Waren gegenüber ausländischen Produzenten ab. Inwieweit der Wechselkurseffekt den Einkommenseffekt kompensieren kann, hängt sowohl vom Umfang der Überweisungen als auch von der Bereitschaft der Empfänger, das zusätzliche Einkommen investiv zu verwenden, ab. Empirische Studien, die beide Effekte berücksichtigen, liegen zumindest für Europa nach verfügbaren Informationen nicht vor.

6 ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Die Untersuchung hat gezeigt, daß ein zukünftiger EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten sowohl die Vermutung zuläßt, daß die Zuwanderungen nach Westeuropa zunehmen werden als auch die Annahme, daß keine wesentlichen Migrationseffekte hervorgerufen werden.

Für einen Anstieg der Migrationszahlen aus Osteuropa sprechen vor allem der mit einem Beitritt verbundene Abbau der Migrationsschranken und sinkende Kosten einer Migration. Auch auf der Nutzenseite wird es Impulse geben, die persönliche Wohlfahrt durch Migration zu vergrößern. So werden steigende absolute Einkommensdifferenzen - wie sie beispielsweise zwischen Polen und Deutschland und Ungarn und Deutschland zu erwarten sind - den Migrationsanreiz erhöhen. Ebenso wirken sinkende Informationskosten, vor allem infolge steigender internationaler Kommunikationsvernetzung, und tendenziell sinkende Reisekosten anreizsteigernd für internationale Migration (LAYARD et al. 1992, S. 6). Auch ein Fortschritt der gesellschaftlichen Öffnung (z.B. Kultur, Mentalität, Sprache) und der politischen Integration dieser Länder wird bestehende Migrationsneigungen fördern oder hervorrufen.

Auch ein Vergleich der derzeitigen Größenordnung, in der EU-Bürger von der Freizügigkeit im Binnenmarkt Gebrauch machen mit den bisherigen Zuwanderungen aus Mittel- und Osteuropa, läßt vermuten, daß die Wanderungen aus Osteuropa in die EU durch einen EU-Beitritt dieser Staaten zunehmen werden. Gegenwärtig machen über 5 Mio. EU-Bürger - oder ca. 1,5% der EU-Bevölkerung - von ihrem Aufenthaltsrecht in einem Mitgliedstaat Gebrauch, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (EUROSTAT 1996a, S. XI). Die Anteile der in der EU lebenden Osteuropäer liegen derzeit noch unter diesem Durchschnittswert: 1993 lebten etwa 90.000 Ungarn bzw. 0,88% der ungarischen Bevölkerung in der EU, davon 68,2% in Deutschland. Der Anteil von in der EU lebenden Polen lag 1993 mit 1,14% bzw. 439.400 Personen vergleichsweise höher (davon 65% in Deutschland) (EUROSTAT 1996b).

Eine interne Studie der Bundesregierung schätzt den Zustrom an Menschen in den ersten Jahren nach einem Beitritt Polens, Ungarns, Sloweniens und der Tschechischen Republik zur Europäischen Union auf 3,2 bis 6,4 Millionen Menschen (HÜBNER 1996, S. 25).

Der mit einem EU-Beitritt zu erwartende Migrationsanstieg hängt jedoch nicht nur von den mit einem Beitritt auszuhandelnden Regelungen bzgl. der Freizügigkeit von Arbeitnehmern in der Union ab, sondern insbesondere auch davon, wie sich die institutionellen Beschränkungen bis dahin entwickeln werden. Eine allmähliche Ausweitung der Freizügigkeit würde einen erneuten Migrationsschub zum Zeitpunkt des Beitritts drosseln können. Zu beachten ist auch, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen bzw. Sektoren „mobilitätsempfindlicher“ sind als andere, z.B. die Bauwirtschaft, und in diesen eine schockartig gewährte Freizügigkeit schnellere und größere Wanderungseffekte auslösen würde.

Die Migrationsströme bremsen wird die in den westlichen Zielländern derzeit vergleichsweise hohe und tendenziell steigende Arbeitslosigkeit sowie die weltweit steigende Handels- und Kapitalverkehrsliberalisierung. Güter- und Geldtransfers ermöglichen eine Annäherung der Wohlstandsniveaus der verschiedenen Volkswirtschaften, welches die Migrationsneigung nicht verhindern, aber abschwächen wird (STRAUBHAAR 1994, S. 84).⁴¹

⁴¹ LAYARD et al. (1992, S. 60) betonen, daß Handel und internationaler Kapitalfluß den Migrationsdruck jedoch nur zum Teil vermindern werden. Für die EU stellt WERNER (1993, S. 81) fest, daß Handel Migration substituiert hat.

Gegen einen bedeutenden Anstieg der Migrationszahlen infolge eines EU-Beitritts spricht neben den ökonomischen Bedingungen in den Zielländern auch, daß sich die Einstellung der Menschen gegenüber Migration nicht schlagartig mit einem Beitritt ändern wird, ebensowenig bleiben die Risikoeinstellung und soziale Bindungen in der Heimatregion davon unberührt. Auch eine Entwicklung der Einkommen hin zu größerer Ungleichheit wird die Migrationswahrscheinlichkeit senken (WYPLOSZ 1994, S. 178; MACKIE 1995, S. 198).

In bezug auf die Auswirkungen der Migration ist mit einer stärkeren Betroffenheit des ländlichen Raumes zu rechnen. Das existierende Ungleichgewicht der regionalen Verteilung von Einkommens- und Beschäftigungschancen wird auch weiterhin zulasten des ländlichen Raumes fortbestehen und weitere Abwanderungen in städtische Regionen oder ins Ausland fördern. Mit dem Verlust von in einer Region zur Verfügung stehendem Humankapital ist zudem i.d.R. auch eine Reduzierung der Standortattraktivität einer Region für Unternehmen verbunden. Der Abfluß von Humankapital kann zudem auch direkte Effekte auf die Löhne für die Beschäftigten, die in der Region verbleiben, haben. Je nachdem, ob die abwandernde Arbeit substitutiv oder komplementär zu der verbleibenden ist, kann sich sowohl das Lohnniveau ändern (z.B. durch eine sinkende Produktivität der Unternehmen oder steigende Grenzproduktivität des Faktors Arbeit) als auch die Struktur der relativen Löhne (ZIMMERMANN 1995, S. 53ff.).

Einer Emigration aus dem ländlichen Raum und grenzüberschreitenden Wanderungen vorbeugen kann eine Regierung daher vor allem dadurch, daß sie die Lebensbedingungen im Inland bzw. der Region verbessert. Infolge der Dominanz ökonomischer Motive spielen hier vor allem die Förderung der Wachstumsaussichten und Beschäftigungschancen im Inland - auch durch die Attrahierung ausländischen Kapitals - und eine bessere Absicherung der Arbeitslosen eine wesentliche Rolle bei einer Migrationsprävention.⁴² Entscheidend ist dabei neben der Verbesserung der absoluten ökonomischen Lage zudem die relative Verbesserung bzw. Angleichung des Lebensstandards an die bevorzugten Migrationszielländer (WAGNER 1995, S. 250).

⁴² Gemäß WERNER (1993, S. 81) deuten alle bisherigen Untersuchungen über freiwillige Migration darauf hin, daß eine der hauptsächlichen Determinanten der Migration die Differenz der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der Verdienstmöglichkeiten darstellt.

LITERATURVERZEICHNIS

- ANDORKA, R., SPÉDER Z. (1995): Armut in der Transformation - Das Beispiel Ungarn, *DIW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 64, 4/1995, S. 656-664.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNGSINSTITUTE (1996): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1996, *Wirtschaft im Wandel* 14/1996, Halle.
- AZARIADIS, C., DRAZEN, A. (1990): Threshold Externalities in Economic Development, *Quarterly Economic Journal*, 105, S. 501-526.
- BARRO, R., SALA-I-MARTIN, X. (1995): Economic Growth, New York.
- BÁRTA, V., URL, TH. (1997): Economies in Transition: Long-term Growth Potential, Capital Accumulation and Labour-capital Substitutability in Five Central European Countries, in: OECD, WIFO (Hrsg.): Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe, Wien, S. 67-100.
- BEIJER, G. (1967): The Brain Drain from the Developing Countries and the Need for Immigration of Intellectuals and Professionals, *International Migration*, 5, 228-236.
- BEN-DAVID, D. (1994): Convergence Clubs and Diverging Economies, CEPR, No. 922, London.
- CLOUT, H. (1976): Rural-Urban Migration in Western Europe, in: SALT, J., CLOUT, H. (Hrsg.): Migration in Post-War Europe. Geographical Essays, Oxford, S. 30-51.
- CNB - Czech National Bank (1996): Report on the Monetary Development in the Czech Republic for the First Quarter 1996, Prag.
- CSO - Central Statistical Office (1996): Statistical Yearbook of Hungary 1995, Budapest.
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung): Europäische Union: Osterweiterung und Arbeitskräftemigration, *Wochenbericht* 5/97 vom 30.01.1997, 64. Jahrgang, Berlin.
- EICHENGREEN, B. (1994): Thinking about Migration: Notes on European Migration Pressures at the Dawn of the Next Millenium, in: SIEBERT, H. (Hrsg.): Migration: A Challenge for Europe, Tübingen, S. 3-23.
- ERS - Economic Research Service - U.S. Department of Agriculture (1996): Long Term Projections for International Agriculture to 2005, *ERS Staff Paper*, Washington, D.C.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1996): Erster Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt 1996, Luxemburg.
- EUROPEAN COMMISSION (1995a): Agricultural Situation and Prospects in the Central and Eastern European Countries - Hungary, Brüssel.
- EUROPEAN COMMISSION (1995b): Agricultural Situation and Prospects in the Central and Eastern European Countries - Poland, Brüssel.
- EUROPEAN COMMISSION (1995c): Agricultural Situation and Prospects in the Central and Eastern European Countries - Czech Republic, Brüssel.
- EUROPEAN DIALOGUE - THE MAGAZINE FOR EUROPEAN INTEGRATION : Comparing OECD Countries and Central Europe, May-June 1996/3, European Commission, Brüssel, S. 26-27.
- EUROSTAT (1995): Wanderungsstatistik 1995, Luxemburg.
- EUROSTAT (1996a): Bevölkerungsstatistik 1996, Luxemburg.

- EUROSTAT (1996b): Statistik kurzgefaßt - Bevölkerung und soziale Bedingungen 1996, Luxemburg.
- FAINI, R., VENTURINI, A. (1993): Trade, Aid and Migrations. Some Basic Policy Issues, *European Economic Review*, 37, 435-442.
- FASTERDING, F. (1997): Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und deren Arbeitseinsatz, *Agrarwirtschaft*, 46 (1997), Heft 2, S. 113-118.
- FISCHER, P.A., MARTIN, R., STRAUBHAAR, TH. (1995): Should I Stay or Should I Go? - (Micro)Economic Contributions Towards an Interdisciplinary Theory of South-North Migration and Migration Dynamics, *Discussion Papers in Economic Policy*, No. 49, Institut für Wirtschaftspolitik, Universität der Bundeswehr Hamburg, Hamburg.
- GRECIC, V. (1993): Mass Migration from Eastern Europe: A Challenge to the West? in: KING, R. (Hrsg.): *The New Geography of European Migrations*, London, S. 135-151.
- GRUNDMANN, S. (1992): Migrationsbilanz des Landes Sachsen-Anhalt sowie von ausgewählten Regionen im Land Sachsen Anhalt, Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), Berlin, Dezember 1992.
- GUS - Główny Urząd Statystyczny (1995): *Rocznik Statystyczny 1995*, Warschau.
- HAQUE, N.U., KIM, S.J. (1995): "Human Capital Flight": Impact of Migration on Income and Growth, *IMF Staff Papers*, 42, S. 577-607.
- HEINRICH, H.G. (1994): Fallstudie Osteuropa: Migrationsursachen und Gegenstrategien, in: KNAPP, M. (Hrsg.): *Migration im neuen Europa*, Stuttgart, S. 129-152.
- HELMENSTEIN, CH., YEGOROV, Y. (1993): The Dynamics of Migration in the Presence of Chains, Institut für höhere Studien Wien, *Forschungsbericht No.334*, Wien.
- HERKNER, W. (1991): *Lehrbuch Sozialpsychologie*, Bern; Stuttgart; Toronto.
- HOF, B. (1993): Europa im Zeichen der Migration - Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020, Köln.
- HÜBNER, R. (1996): Notopfer Ost vom Tisch, *Capital*, 5/96, S. 25-26.
- IMF - International Monetary Fund (1996): *Exchange Arrangements and Exchange Restriction. Annual Report 1996*, Washington D.C.
- IRS - Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Hrsg.) (1995): *Perspektiven für den ländlichen Raum. Graue Reihe 8*, Berlin.
- JOVANOVIĆ, M.N. (1992): *International Economic Integration*, London, New York.
- JUHÁSZ, J. (1995): International Migration in Hungary, *Innovation*, 8, S. 201-219.
- KATSELI, L.T., GLYTSOS, N.P. (1989): Theoretical and Empirical Determinants of International Labour Mobility: A Greek-German Perspective, in: GORDON, I., THIRLWALL, A.P. (Hrsg.): *European Factor Mobility. Trends and Consequences*, New York, S. 95-115.
- KING, R. (1993): Why do People Migrate? The Geography of Departure, in: KING, R. (Hrsg.): *The New Geography of European Migrations*, London, S. 17-46.
- KOEING, CH., PECHSTEIN, M. (1995): *Die Europäische Union. Der Vertrag von Maastricht*, Tübingen.
- KRUGMAN, P.R., OBSTFELD, M. (1994): *International Economics. Theory and Policy*, 3. Aufl., New York.

- KUIJSTEN, A. (1994): International Migration in Europe: Patterns and Implications for Receiving Countries, in: MACURA, M., COLEMAN, D. (Hrsg.): International Migration: Regional Processes and Responses, New York, Genf, S. 21-39.
- KUSCHEL, H.D. (1992): Die Europaabkommen der EG mit Polen, Ungarn und der CSFR, *Wirtschaftsdienst*, 1992/II, S. 93-100.
- LAYARD, R., BLANCHARD, O., DORNBUSCH, R., KRUGMAN, P. (1992): East-West Migration, Cambridge, Massachusetts 1992.
- LUCAS, R.E.B. (1994): The Experiences of Developing Countries: Lessons for Transforming Socialist Economies, in: SIEBERT, H. (Hrsg.): Migration: A Challenge for Europe, Tübingen, S. 197-216.
- MACKIE, G. (1995): Frustration and Preference Change in International Migration, *Archives européennes de Sociologie*, 2, S. 185-208.
- MUNDENDE, D.CH.: The Brain Drain and Developing Countries, in: APPLEYARD, R. (Hrsg.): The Impact of International Migration on Developing Countries, Paris, S. 183-195.
- N.N. (1997a): EU Enlargement an „Historic Challenge“, *East Europe Agriculture and Food*, January 1997, No.172.
- N.N. (1997b): Crucial Year for EU Enlargement, *East Europe Agriculture and Food*, January 1997, No.172.
- OECD (1996): Territorial Indicators of Employment - Focusing on Rural Development, Paris.
- REPORT ON AGRICULTURE AND THE FOOD INDUSTRY IN THE SLOVAK REPUBLIC (GREEN REPORT) (1996), Ministry of Agriculture, Food, Forestry and Water Management of the Slovak Republic (Hrsg.), Bratislava, September 1996.
- RHODE, B. (1993): Brain Drain, Brain Gain, Brain Waste: Reflections on the Emigration of Highly Educated and Scientific Personnel from Eastern Europe, in: KING, R. (Hrsg.): The New Geography of European Migrations, London, S. 228-245.
- SALT, J., CLOUT, H. (1976): International Labour Migration: The Sources of Supply, in: SALT, J., CLOUT, H. (Hrsg.): Migration in Post-War Europe. Geographical Essays, Oxford, S. 126-167.
- SPIECKERMANN, B. (1995): Europäische Instrumente der Regionalpolitik, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 246-249.
- STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, verschiedene Jahrgänge.
- STRAUBHAAR, TH. (1994): Druck oder Sog: Migration aus ökonomischer Sicht, in: KNAPP, M. (Hrsg.): Migration im neuen Europa, Stuttgart, S. 69-96.
- TAPINOS, G. (1994): Regional Economic Integration and its Effects on Employment and Migration, in: OECD (Hrsg.): Migration and Development. New Partnerships for Co-operation, Paris, S. 213-227.
- TOVIAS, A. (1982): Testing Factor Price Equalization in the EEC, *Journal of Common Market Studies*, S. 375-388.
- TURNHAM, D. (1994): Comment on Robert E.B. Lucas: The Experiences of Developing Countries: Lessons for Transforming Socialist Economies, in: SIEBERT, H. (Hrsg.): Migration: A Challenge for Europe, Tübingen, S. 217-224.
- UN/ECE - UN-Economic Commission for Europe (1995): Economic Survey of Europe in 1994-1995, New York, Genf.

- WAGNER, H. (1995): Economic Development in Eastern Europe and Migration Push, in: HECKMANN, F., BOSSWICK, W. (Hrsg.): *Migration Policies: A Comparative Perspective*, Stuttgart, S. 249-261.
- WELTBANK (1995): *Weltentwicklungsbericht 1995: Arbeitnehmer im weltweiten Integrationsprozeß*, Washington D.C.
- WERNER, H. (1990): Free Movement of Labour in the Single European Market, *Intereconomics*, 25, S. 77-81.
- WERNER, H. (1993): Migration Movements in the Perspective of the Single European Market, in: OECD (Hrsg.): *The Changing Course of International Migration*, Paris, S. 79-85.
- WHITE, P.E. (1980): Migration Loss and the Residual Community: A Study in Rural France 1962-75, in: WHITE, P.E., WOODS, R.I. (Hrsg.): *The Geographical Impact of Migration*, London, New York, S. 198-222.
- WIIW - Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (1996): *Handbook of Statistics, Countries in Transition*, Wien.
- WISWEDE, G. (1991): *Einführung in die Wirtschaftspsychologie*, München; Basel.
- WORLD BANK (1996): *Poland - Agriculture and Rural Development. A Policy and Program Note*, (unveröffentlicht).
- WYPLOSZ, CH. (1994): Migration from the East: The Role of Reform and Capital Mobility, in: SIEBERT, H. (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe*, Tübingen, S. 173-191.
- ZIMMERMANN, K.F. (1994): Immigration Policies in Europe: An Overview, in: SIEBERT, H. (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe*, Tübingen, S. 227-258.
- ZIMMERMANN, K.F. (1995): Tackling the European Migration Problem, *Journal of Economic Perspective*, 9, S. 45-62.

**DISCUSSION PAPERS
DES INSTITUTS FÜR AGRARENTWICKLUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA (IAMO)**

**DISCUSSION PAPERS
OF THE INSTITUTE OF AGRICULTURAL DEVELOPMENT
IN CENTRAL AND EASTERN EUROPE (IAMO)**

- No. 1 FROHBERG, K., HARTMANN, M. (1997):
Promoting CEA Agricultural Exports through Association Agreements with the EU - Why is it not working?
- No. 2 FROHBERG, K., HARTMANN, M. (1997):
Comparing Measures of Competitiveness: Examples for Agriculture in the Central European Associates
- No. 3 POGANIETZ, W.R., GLAUCH, L. (1997):
Migration durch EU-Integration? Folgen für den ländlichen Raum
- No. 4 WEINGARTEN, P. (1997):
Agri-Environmental Policy in Germany - Soil and Water Conservation -
- No. 5 KOPSIDIS, M. (1997):
Marktintegration und landwirtschaftliche Entwicklung: Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte und Entwicklungsökonomie für den russischen Getreidemarkt im Transformationsprozeß
- No. 6 PIENIADZ, A. (1997):
Der Transformationsprozeß in der polnischen Ernährungsindustrie von 1989 bis 1995
- No. 7 POGANIETZ, W.R. (1997):
Vermindern Transferzahlungen den Konflikt zwischen Gewinnern und Verlierern in einer sich transformierenden Volkswirtschaft?
- No. 8 EPSTEIN, D.B., SIEMER, J. (1998):
Difficulties in the Privatization and Reorganization of the Agricultural Enterprises in Russia
- No. 9 GIRGZDIENE, V., HARTMANN, M., KUODYS, A., RUDOLPH, D., VAIKUTIS, V., WANDEL, J. (1998):
Restructuring The Lithuanian Food Industry: Problems and Perspectives
- No. 10 JASJKO, D., HARTMANN, M., KOPSIDIS, M., MIGLAVS, A., WANDEL, J. (1998):
Restructuring The Latvian Food Industry: Problems and Perspectives

Die Discussion Papers sind erhältlich beim Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO).

The Discussion Papers can be ordered from the Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe (IAMO).

